



ЕВРОПЕЙСКИ ПАРЛАМЕНТ    PARLAMENTO EUROPEO    EVROPSKÝ PARLAMENT    EUROPA-PARLAMENTET  
EUROPÄISCHES PARLAMENT    EUROOPA PARLAMENT    ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ    EUROPEAN PARLIAMENT  
PARLEMENT EUROPÉEN    PARLAIMINT NA ĦEORPA    EUOPSKI PARLAMENT    PARLAMENTO EUROPEO  
EIROPAS PARLAMENTS    EUROPOS PARLAMENTAS    EURÓPAI PARLAMENT    IL-PARLAMENT EWROPEW  
EUROPEES PARLEMENT    PARLAMENT EUROPEJSKI    PARLAMENTO EUROPEU    PARLAMENTUL EUROPEAN  
EURÓPSKY PARLAMENT    EVROPSKI PARLAMENT    EUROOPAN PARLAMENTTI    EUROPAPARLAMENTET



***Bericht über „Die interparlamentarischen  
Beziehungen zwischen dem Europäischen  
Parlament und den nationalen Parlamenten  
im Rahmen des Vertrags von Lissabon“***

**2009-2014**

**Jahresbericht 2013/2014**

DE

**Bericht über „Die interparlamentarischen Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten im Rahmen des Vertrags von Lissabon“**

**2009-2014**  
**Jahresbericht 2013/2014**

Eine Veröffentlichung der  
Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten  
Direktorin: Christine Verger  
E-Mail: [christine.verger@ep.europa.eu](mailto:christine.verger@ep.europa.eu)  
Leiterin des Referats Legislativer Dialog: Patrizia Maria Prode  
E-Mail: [patrizia.prode@ep.europa.eu](mailto:patrizia.prode@ep.europa.eu)  
Leiter des Referats Institutionelle Zusammenarbeit: Francisco Juan Gomez Martos  
E-Mail: [francisco.gomezmartos@ep.europa.eu](mailto:francisco.gomezmartos@ep.europa.eu)  
Manuskript erstellt von: Eschel Alpermann  
E-Mail: [eschel.alpermann@ep.europa.eu](mailto:eschel.alpermann@ep.europa.eu)

# JAHRESBERICHT 2013/2014

## INHALT

### **Vorwort**

### **1. Einleitung**

### **2. Grundlegende Entwicklungen und Tendenzen bei der interparlamentarischen Zusammenarbeit**

**2.1 Die Interparlamentarische Konferenz für die wirtschaftspolitische Steuerung der EU**

**2.2 Gelbe Karte für den Vorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft („EPPO-Vorschlag“)**

**2.3 Vertiefung der interparlamentarischen Zusammenarbeit im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)**

**2.4 Die Parlamente der EU im Kontext der „Global Governance“**

### **3. Institutionalisierte parlamentarische Zusammenarbeit**

**3.1 Die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente (COSAC)**

**3.2 Die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EUSC)**

**3.3. Beziehungen zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE)**

### **4. Interparlamentarische Treffen**

**4.1 Interparlamentarische Ausschusssitzungen – ein stärker fokussierter Austausch zwischen Sachverständigen**

**4.2 Bilaterale Besuche – eine flexible und effiziente Formel**

**4.3 Videokonferenzen – Schritte in die Zukunft**

### **5. Der „Frühwarnmechanismus“ – das Protokoll (Nr. 2) zum Vertrag von Lissabon**

### **6. Instrumente für den Informationsaustausch und zum Aufbau von Netzen**

**6.1 Interparlamentarischer Austausch von EU-bezogenen Informationen – IPEX**

**6.2 Europäisches Zentrum für parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation – EZPWD**

### **7. Tendenzen in den interparlamentarischen Beziehungen 2009-2014**

### **Anhänge**

## Vorwort

Diese Legislaturperiode neigt sich dem Ende zu und daher möchten wir in diesem letzten Jahresbericht über die Entwicklungen bei der interparlamentarischen Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten in dieser Legislaturperiode berichten. Nach über zwei Jahren der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen uns wird dies der letzte Bericht sein, für den wir als Vizepräsidenten für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten in dieser Legislaturperiode verantwortlich sein werden. Zudem ist es der letzte Bericht von Vizepräsident Miguel Angel Martínez, der nach 22 Jahren als Abgeordneter eines nationalen Parlaments, nach 15 Jahren als Abgeordneter des Europäischen Parlaments und nach mehreren Jahren, in denen er interparlamentarische Funktionen wie das Amt des Vizepräsidenten der Versammlung der WEU und des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats innehatte, in den Ruhestand geht. Mit anderen Worten: Dies ist der richtige Zeitpunkt, eine Bilanz der seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon bis zum Ende dieser Legislaturperiode erzielten Ergebnisse zu ziehen und den Staffeln an das neu gewählte Europäische Parlament weiterzureichen.

Seit dem Konvent über die Zukunft Europas hat es bei der interparlamentarischen Zusammenarbeit große Fortschritte und in den letzten Jahren einen regelrechten Schub nach vorne gegeben. Dies spiegelt sich nicht zuletzt in einer Rekordzahl an interparlamentarischen Ausschusssitzungen wider, die in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments (EP) stattgefunden und an denen in den letzten vier Jahren insgesamt über eineinhalbtausend Abgeordnete der nationalen Parlamente teilgenommen haben, sowie in der jüngsten Wiederaufnahme der vom EP und dem Parlament des Landes, das den Ratsvorsitz innehat, veranstalteten gemeinsamen Ausschusssitzungen. Es zeigt sich aber auch in der Zunahme an vergleichenden Anfragen, die vom Europäischen Zentrum für parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation bearbeitet werden, in der verstärkten Annahme von IPEX als *die* Plattform für den interparlamentarischen Austausch der nationalen Parlamente über EU-Angelegenheiten sowie in der Entschlossenheit der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union (EUSC), zwei neue Formate für interparlamentarische Fachkonferenzen einzurichten.

Aufgrund der Rolle, die der interparlamentarischen Zusammenarbeit mit Artikel 9 des Protokolls (Nr. 1) zur Rolle der nationalen Parlamente zugewiesen wurde, hat die Konferenz der Präsidenten (EUSC) in den letzten beiden Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen und war Wegbereiter bei der Gestaltung der Zukunft der interparlamentarischen Beziehungen. Die EUSC hat in den Jahren 2012 bzw. 2013 Einigungen zur Einrichtung von zwei neuen Formaten für die interparlamentarische Kontrolle im Bereich GASP/GSVP, nach Auflösung der parlamentarischen Versammlung der WEU, und zur wirtschaftspolitischen Steuerung als Gegengewicht zur Tendenz der Entscheidungsprozesse der Mitgliedstaaten auf zwischenstaatlicher Ebene erzielt. Die ersten Runden dieser neuen interparlamentarischen Konferenzen eröffnen die Aussicht auf mehr parlamentarische Kontrolle und Demokratisierung. Anders als bei der COSAC oder der EUSC selbst kommen bei dieser „zweiten Generation“ der interparlamentarischen Foren Experten auf ihrem jeweiligen Fachgebiet zusammen. Dadurch, dass Angelegenheiten, über die bisher über Nacht hinter verschlossenen Türen auf europäischer Ebene entschieden wurde, sichtbar gemacht und öffentlich diskutiert werden, kann diese Art der Foren zur Schaffung eines europäischen öffentlichen Raumes für politische Debatten beitragen. Unbeschadet der Kompetenzen des EP bleibt abzuwarten, ob diese interparlamentarischen Konferenzen einen Trend hin zu mehr

demokratischer Rechenschaftspflicht und parlamentarischer Kontrolle der EU-Politik darstellen.

In diesem Kontext steht die COSAC, die im Jahr 2013 in Vilnius ihre Jubiläumstagung, nämlich die 50. Tagung beging, vor einigen schwierigen Herausforderungen. Dies ist zum Teil ihrer Zusammensetzung – sie setzt sich hauptsächlich aus Generalisten aus Ausschüssen für EU-Angelegenheiten zusammen – und zum Teil ihrem institutionalisierten Charakter und ihrer strikten Geschäftsordnung geschuldet. Anstatt ihrem eigentlichen Zweck gerecht zu werden, nämlich ausreichend Raum für einen interparlamentarischen Austausch und interparlamentarische Debatten zu bieten, ist die COSAC eher zu einem Forum für nationale und europäische Entscheidungsträger geworden, die es dazu nutzen, ihre Standpunkte an die Parlamentarier weiterzugeben. Premierminister, Minister, Mitglieder der Europäischen Kommission und andere Vertreter der Exekutive machen inzwischen fast zwei Drittel der Redner aus. Parlamentarier, die die Debatte eröffnen, machen hingegen nur 16 Prozent der Hauptredner aus und sind damit die Ausnahme. Die Delegation des EP hat es zumindest bei den letzten Sitzungen erreicht, die Vorsitz-Troika der COSAC zu überzeugen, einige Abgeordnete des EP – Experten auf ihrem jeweiligen Fachgebiet – einzuladen, um Informationen in die Debatten einzubringen. Dadurch sind intensive interparlamentarische Debatten entstanden, die zeigen, was mit etwas gutem Willen möglich wäre.

Die Einführung der Bestimmungen des Protokolls Nr. 2 des Vertrags von Lissabon über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit haben dazu beigetragen, dass sich die nationalen Parlamente frühzeitig mit Gesetzesentwürfen der EU auseinandersetzen, auch wenn die Parlamente/Kammern Änderungen an ihren internen Regelungen, um von diesem „Frühwarnmechanismus“ zu profitieren, in unterschiedlicher Weise und mit unterschiedlichen Ergebnissen vorgenommen haben. Die Tatsache, dass die nationalen Parlamente bislang nur zweimal von der „gelben Karte“ Gebrauch gemacht und das in Protokoll Nr. 2 vorgesehene zwingende Überprüfungsverfahren in Gang gesetzt haben, zeigt, dass die nationalen Parlamente die Gesetzesentwürfe der EU nicht blockiert haben. Im Gegenteil: Die große Anzahl an Beiträgen der nationalen Parlamente zum Inhalt von Entwürfen von Rechtsakten im Vergleich zur relativ geringen Anzahl begründeter Stellungnahmen, mit denen Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip zum Ausdruck gebracht werden (etwa in einem Verhältnis von 4,5 zu 1), zeigt ein wachsendes Interesse daran, aktiv zur politischen Diskussion auf EU-Ebene beizutragen.

Während man sich in den letzten Jahren im Rahmen von interparlamentarischen Ausschusssitzungen (Interparliamentary Committee Meetings, ICM) in einer frühen Phase des Gesetzgebungsprozesses mit entsprechenden Dossiers beschäftigte (insbesondere mit Dossiers im Zusammenhang mit der Annahme des mehrjährigen Finanzrahmens wie umfassende Reformen in Bereichen der EU-Politik, etwa der Regionalpolitik oder der Landwirtschafts- und Fischereipolitik, und mehrjährige Ausgabenprogramme) wurde im Jahr 2013 weniger von interparlamentarischen Ausschusssitzungen für einen prälegislativen Dialog mit nationalen Parlamenten Gebrauch gemacht, was auch einem Rückgang relevanter Vorschläge der Kommission geschuldet ist. Das Europäische Parlament beteiligt sich jedoch nicht aktiv am prälegislativen politischen Dialog zwischen der Kommission und den nationalen Parlamenten (die sogenannte Barroso-Initiative) und überwacht diesen auch nicht systematisch. Insgesamt ist die Anzahl an Sitzungen, bei denen sich Sachverständige austauschen, seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon mit nicht weniger als 58 ICM zwischen 2010 und 2014 sowie sechs gemeinsamen parlamentarischen Treffen (Joint

Parliamentary Meetings, JPM) und fünf gemeinsamen Ausschusssitzungen (Joint Committee Meetings, JCM) gestiegen. Mit den Jahren sind die interparlamentarischen Ausschusssitzungen zum Standardsitzungsformat für Gesamtausschusssitzungen mit den nationalen Parlamenten geworden; daneben existieren jedoch auch andere Formate wie beispielsweise Einladungen, die sich allein an die Ausschussvorsitzenden richten oder Dauereinladungen an nationale Parlamente. Ein Weg, den man mit den mittlerweile im EP und in einigen nationalen Parlamenten gegebenen technischen Voraussetzungen noch weiter beschreiten wird, ist der Einsatz von Videokonferenzen, die es ermöglichen würden, noch mehr Sitzungen abzuhalten, die dem spezifischen Bedarf an Austauschmöglichkeiten zwischen Sachverständigen, z. B. zwischen Berichterstattern, gerecht werden.

Neben Fakten und Zahlen werden wir in diesem Bericht auch einige Tendenzen bei den interparlamentarischen Beziehungen vorstellen, die sich in den letzten Jahren herausgebildet haben, nämlich eine bessere formelle Einbindung der nationalen Parlamente in die institutionelle Struktur der EU, die Entwicklung von stärker institutionalisierten Formen der sektoriellen Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten sowie das Erfordernis, über die Rolle und die Natur der COSAC als ein Forum für den interparlamentarischen Austausch nachzudenken; einen Trend hin zu weniger großen Sitzungen, bei denen breitgefächerte politische Fragen behandelt werden, die jedoch nur begrenzten Einfluss auf die laufende parlamentarische Arbeit haben, dem ein Trend zu stärker fachbezogenen Sitzungen über spezifische Politikbereiche oder Gesetzesentwürfe gegenübersteht; und schließlich die Entwicklung flexibler und maßgeschneiderter Sitzungsschemata, technisch unterstützt durch den Einsatz von Videokonferenzsystemen.

In der nächsten Legislaturperiode des EP werden sich neue Herausforderungen im Bereich der interparlamentarischen Zusammenarbeit stellen, die sich aus dem immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Umfeld, dem zunehmenden internationalen Wettbewerb, der geostrategischen und politischen Volatilität und der offenkundigen Gleichgültigkeit und Verdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem derzeitigen Prozess der europäischen Integration ergeben. Was diesen letzten Aspekt angeht, kann die parlamentarische Zusammenarbeit dabei helfen, das europäische Projekt neu zu beleben. Demokratie kann nicht von oben auferlegt werden, sie kann nur gedeihen, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger am Prozess beteiligen und wenn alle Institutionen – auf allen Ebenen – ihre Rechte und ihre Verantwortung in wirksamer und kohärenter Weise wahrnehmen. Dies beinhaltet auch den Grundsatz, dass die parlamentarische Kontrolle und Rechenschaftspflicht auf der Ebene stattfinden muss, auf der die Entscheidungen getroffen werden. Spannungen und Meinungsverschiedenheiten wird man nie ganz vermeiden können; am wichtigsten jedoch ist der Wille, konstruktiv zusammenzuarbeiten, um diese Differenzen zu überwinden und die Politik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten an den Gründungsprinzipien der Union und ihren wesentlichen Zielen, wie in den Artikeln 2 und 3 AEUV festgehalten, auszurichten.

Miguel Ángel Martínez  
Vizepräsident

Othmar Karas  
Vizepräsident

## **1. Einleitung**

Zum dritten Mal seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon präsentieren wir einen Jahresbericht über die Entwicklungen bei den interparlamentarischen Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten. Im Gegensatz zu den vorherigen Berichten liegt der Schwerpunkt des Jahresberichts 2013/2014 nicht allein auf den Entwicklungen während des Berichtszeitraums. Vielmehr werden auch längerfristige Tendenzen und Perspektiven in Bezug auf die interparlamentarische Zusammenarbeit aufgezeigt. Nun, da wir uns dem Ende dieser Legislaturperiode nähern, und mehr als vier Jahre seit dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen des Vertrags von Lissabon über die interparlamentarische Zusammenarbeit und die Rolle der nationalen Parlamente vergangen sind, ist es an der Zeit, die Fortschritte bei der Umsetzung des neuen Vertrags zu analysieren. Zu diesem Zweck wurde diesem Jahresbericht ein Schlusskapitel über die Tendenzen in den interparlamentarischen Beziehungen während des Zeitraums 2009-2014 beigefügt.

## **2. Grundlegende Entwicklungen und Tendenzen bei der interparlamentarischen Zusammenarbeit**

### **2.1 Die Interparlamentarische Konferenz für die wirtschaftspolitische Steuerung der EU**

*Die jüngsten Entwicklungen bei der europäischen wirtschaftspolitischen Steuerung, einschließlich der Annahme des zwischenstaatlichen Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung (VSKS/„Fiskalpakt“) sowie mehrerer Legislativmaßnahmen – das sogenannte „Six-Pack“ und „Two-Pack“ – in Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise haben die europäische Regierungsführung erheblich verändert. Gleichzeitig kamen mit diesen Entwicklungen zahlreiche Bedenke, insbesondere hinsichtlich der demokratischen Legitimität und Rechenschaftspflicht auf. Während die Einhaltung dieser Grundprinzipien auf der Ebene, auf der Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden, sicherzustellen ist, vertritt das Europäische Parlament schon lange den Standpunkt, dass die interparlamentarische Zusammenarbeit in dieser Hinsicht eine entscheidende komplementäre Rolle spielt.<sup>1</sup> Auf Initiative der Ausschüsse des EP, die sich mit Angelegenheiten aus dem Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung beschäftigen, d. h. des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON), des Haushaltsausschusses (BUDG) und des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL), und mit der Unterstützung der Konferenz der Präsidenten, die sich für eine solche Sitzung aussprach, hat das EP im Februar 2012 eine interparlamentarische Konferenz zu dem Europäischen Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung veranstaltet.*

Ein Jahr später, im Januar 2013, wurde die Sitzung weiterentwickelt und wurde in *Europäische parlamentarische Woche zum Europäischen Semester* umbenannt. Die drei im Rahmen dieser Woche organisierten interparlamentarischen Ausschusssitzungen waren mit Blick auf die Beteiligung äußerst erfolgreich: Insgesamt nahmen 100 Abgeordnete aus 33 Parlamentskammern (aus 26 Mitgliedstaaten) und rund 70 Abgeordnete des EP teil. Die Diskussionen drehten sich hauptsächlich um das Europäische Semester, Demokratie und Subsidiarität, die Auswirkungen des Europäischen Semesters auf Sparmaßnahmen und Wachstumsaussichten, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die sozialen

---

<sup>1</sup> Siehe die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 1. Dezember 2011 zu dem Europäischen Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung, Präambel, Erwägungen E, F und J.



Auswirkungen von Programmen zur Anpassung der Wirtschaft in Mitgliedstaaten mit finanziellen Schwierigkeiten und um die Rolle des EU-Haushaltsplans bei der Realisierung der im Rahmen des Europäischen Semesters definierten Ziele der Mitgliedstaaten.

In einem nach der Veranstaltung an alle Präsidenten der nationalen Parlamente übermittelten Schreiben betonte der Präsident des EP, Martin Schulz, dass die Debatten den Teilnehmern die Möglichkeit geboten hätten, in einer ausgesprochen konstruktiven Atmosphäre und im Geiste einer echten Zusammenarbeit über die verschiedenen Prioritäten und politischen Maßnahmen im Rahmen des Semesters zu diskutieren und mit Blick auf ihre Verbesserung und Umsetzung voneinander zu lernen, was die demokratische Dimension des Europäischen Semesters sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene stärke.

In der Zwischenzeit sehen die Bestimmungen des Fiskalpakts die Abhaltung einer interparlamentarischen Konferenz vor, „um die Haushaltspolitik und andere von diesem Vertrag erfasste Angelegenheiten zu diskutieren“.<sup>2</sup> Während der Konferenz der Präsidenten in Nikosia im April 2013 wurde eine Vereinbarung zur Umsetzung der Bestimmungen des Artikels 13 VSKS erzielt. Damit eröffnen sich neue Möglichkeiten für die parlamentarische Kontrolle mittels einer intensivierten interparlamentarischen Zusammenarbeit im Rahmen der wirtschaftspolitischen Steuerung. Jedes Jahr im Herbst veranstaltet das Parlament des Mitgliedstaats, der den Ratsvorsitz innehat, in seinen Räumlichkeiten eine Konferenz. Die zweite Konferenz wird vom EP und dem Parlament des Mitgliedstaats, der den Ratsvorsitz innehat, gemeinsam organisiert und Anfang jedes Jahres in den Räumlichkeiten des EP in Brüssel abgehalten.

Entsprechend dieser Vereinbarung wurde die erste Konferenz gemäß Artikel 13 am 16. und 17. Oktober 2013 in Vilnius abgehalten. Die Parlamentarier diskutierten über eine große Bandbreite an Themen im Zusammenhang mit der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU, wie zu Beispiel: den Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung nach der Krise; die Bankenunion und finanzielle Integration in der EU und die Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen in Europa.

Die zweite Konferenz zur wirtschaftspolitischen Steuerung wurde gemeinsam vom EP und dem griechischen Parlament organisiert und fand vom 20. - 22. Januar 2014 in den Räumlichkeiten des EP in Brüssel statt. Die Konferenz konnte eine Rekordteilnehmerzahl verzeichnen. Rund 150 Abgeordnete der nationalen Parlamente, 60 Abgeordnete des Europäischen Parlaments (MdEP) und weitere 100 Mitarbeiter der nationalen Parlamente nahmen an der dreitägigen Veranstaltung teil, die die Möglichkeit bot, über Themen wie eine *Bessere Kontrolle der öffentlichen Finanzen in der WWU* bis hin zur *Demokratische[n] Legitimität von Programmen zur Anpassung der Wirtschaft* zu diskutieren. Wie schon in den Vorjahren fanden bei der Konferenz zahlreiche Plenarsitzungen und parallel dazu Ausschusssitzungen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten statt. Es ist darauf hinzuweisen, dass es beim offiziellen Tagungskalender des EP für das Jahr 2014 ein Novum gibt: Er weist eine spezifische, als „Europäische Parlamentarische Woche“ bezeichnete Woche aus, in der diese Veranstaltung stattfinden soll. Die nächste Konferenz gemäß Artikel 13 VSKS soll im Herbst 2014 in Rom stattfinden.

---

<sup>2</sup> Artikel 13 VSKS.

## 2.2 Gelbe Karte für den Vorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft („EPPO-Vorschlag“)

*Der Vertrag von Lissabon wird nicht zuletzt auch deshalb häufig als „Vertrag der Parlamente“ bezeichnet, weil Protokoll Nr. 2 dieses Vertrags den nationalen Parlamenten das Recht einräumt, zu überprüfen, ob Gesetzesentwürfe der EU dem Subsidiaritätsprinzip entsprechen. Im Jahr 2012 wurde zum ersten Mal seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon infolge eines Vorschlags der Kommission das sogenannte Verfahren der „gelben Karte“, d. h. eine zwingende Überprüfung durch das Organ, das den Vorschlag eingebracht hat, eingeleitet. Im September 2012 beschloss die Kommission, ihren sogenannten „Monti II“-Vorschlag zurückzuziehen, allerdings nicht, weil dieser nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip in Einklang stand, sondern weil sie zu dem Schluss gekommen war, dass es wenig wahrscheinlich sei, dass der Vorschlag die erforderliche politische Unterstützung im EP und im Rat erhalten werde, um seine Annahme zu ermöglichen.*

Im Jahr 2013 wurde das zwingende Überprüfungsverfahren („gelbe Karte“) ein zweites Mal eingeleitet. Dreizehn begründete Stellungnahmen von nationalen Parlamenten/Kammern waren mit Blick auf den Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Einrichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft (EPPO) eingegangen.<sup>3</sup>

Die begründeten Stellungnahmen enthielten zahlreiche Einwände gegen den Vorschlag, darunter die Nichteinhaltung wesentlicher Verfahrensvorschriften durch die Kommission, nämlich die Aufnahme einer ausführlichen Erklärung in die Begründung der Kommission; das Fehlen eines hinreichenden Nachweises des Mehrwerts der Einrichtung der EPPO gegenüber der Leistungsfähigkeit der Rechtssysteme der Mitgliedstaaten; der Glaube, dass das „supranationale Modell“ der EPPO die bestehende Souveränität der Mitgliedstaaten im Bereich des Strafrechts in unverhältnismäßiger Weise beschneiden würde und die Bevorzugung einer Stärkung der bestehenden Formen der Zusammenarbeit wie OLAF oder einer Einführung von Präventivmaßnahmen bei der Verwendung von EU-Mitteln.

Innerhalb eines Monats legte die Kommission eine Analyse der begründeten Stellungnahmen vor.<sup>4</sup> Sie kam in jedem einzelnen Fall zu dem Schluss, dass ihr Vorschlag dem Subsidiaritätsprinzip entspricht. Daher gelangte die Kommission zu der abschließenden Bewertung, dass es nicht notwendig sei, den Vorschlag zurückzuziehen oder zu ändern und dass der Vorschlag aufrechterhalten werde. Die Kommission fügte jedoch hinzu, dass sie die begründeten Stellungnahmen während des Gesetzgebungsverfahrens berücksichtigen werde. Das Europäische Parlament hat kürzlich seinen Standpunkt in erster Lesung basierend auf einem Bericht des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres festgelegt.<sup>5</sup>

---

<sup>3</sup> COM (2013)534. Die Anzahl der begründeten Stellungnahmen belief sich auf 18 von insgesamt 56 Stimmen, sodass der erforderliche Schwellenwert für Entwürfe von Rechtsakten, die (basierend auf Artikel 76 AEUV) in den Anwendungsbereich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts fallen, überschritten wurde.

<sup>4</sup> COM(2013)851, Mitteilung vom 27. November 2013.

<sup>5</sup> Festlegung des Standpunkts des Europäischen Parlaments am 25. Februar 2014 in erster Lesung mit Blick auf die Annahme der Verordnung (EU) Nr. .../2014 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Anpassung von Rechtsakten im Bereich Justiz, in denen auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle Bezug genommen wird, an Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union; P7\_TC1-COD(2013)0220.

### **2.3 Vertiefung der interparlamentarischen Zusammenarbeit im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)**

*Gemäß den Schlussfolgerungen der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union in Warschau im Jahr 2012 fand die erste Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in Paphos (Zypern) statt. In Warschau wurden die Arbeitsmethoden für künftige Sitzungen beschlossen, d. h. die Stärke der Delegationen, die Mitwirkung des Europäischen Parlaments an der Organisation der Treffen sowie deren Frequenz.*

Im Jahr 2013 fanden die zweite und die dritte Interparlamentarische Konferenz für die GASP/GSVP statt. Auf der Konferenz von Dublin am 24.-25. März, die von den beiden Kammern des irischen Parlaments, den *Houses of the Oireachtas*, ausgerichtet wurde, ging es schwerpunktmäßig um Konfliktprävention, ein umfassendes Konzept am Horn von Afrika und den Nahost-Friedensprozess, während bei der dritten Konferenz, die vom 4.-6. September auf Einladung des litauischen Parlaments, des *Seimas*, in Vilnius stattfand, die Östliche Partnerschaft, der Europäische Rat im Dezember 2013 zum Thema Verteidigung und der Syrienkonflikt im Vordergrund standen.

Im Vorfeld beider Konferenzen arbeitete das Europäische Parlament eng mit dem Parlament zusammen, das jeweils den Ratsvorsitz innehatte, z. B. bei der Organisation der Konferenz (Tagesordnung und eingeladene Referenten), beim Entwurf der Schlussfolgerungen sowie bei der Überarbeitung der aktuellen Geschäftsordnung.

Entsprechend den Beschlüssen der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU und den Schlussfolgerungen der ersten Interparlamentarischen Konferenz führt derzeit ein Ad-hoc-Ausschuss eine erste Überprüfung der Modalitäten für diese Konferenzen durch, deren Ziel es ist, Empfehlungen zur Vorlage bei der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU im Frühjahr 2015 in Rom zu formulieren. Zentrales Anliegen dieser Empfehlungen ist eine Optimierung der Konferenz auf der Grundlage ihrer geltenden Geschäftsordnung, z. B. Sicherstellung zielgerichteter Debatten, Entwicklung paralleler Arbeitstreffen und Ausarbeitung kürzerer operationeller Schlussfolgerungen. Nach wie vor wird auch darüber diskutiert, die Konferenz zu einer eigenständigen parlamentarischen Versammlung auszugestalten. In Entsprechung mit den Schlussfolgerungen der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU in Stockholm im Jahr 2010 befürwortet das Europäische Parlament eine solche Änderung nicht.

### **2.4 Die Parlamente der EU im Kontext der „Global Governance“**

In den vergangenen Jahrzehnten haben Regierungen zahlreiche internationale Organisationen und informelle Gruppierungen ins Leben gerufen. In vielen dieser Gremien fassen Regierungen oder deren Vertreter Beschlüsse oder formulieren politische Ausrichtungen, die sich auf das Leben der Menschen in der ganzen Welt auswirken. Die globale Struktur- und Ordnungspolitik, „Global Governance“, darf nicht allein Regierungen und Diplomaten überlassen werden, sondern muss unter Beteiligung der Bürger und ihrer gewählten Vertreter stattfinden. Parlamentarier müssen an diesem Prozess beteiligt sein. Zwar wurden in der letzten Zeit hier Fortschritte gemacht und viele der betreffenden Organisationen haben eine

gewisse parlamentarische Dimension, doch ist die aktuelle Situation noch immer unbefriedigend.

Aus diesem Grund haben Miguel Angel Martínez und Othmar Karas, für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten zuständige Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, ein parlamentarisches Forum zum Thema „Die Parlamente der EU im Kontext der „Global Governance“ organisiert. Die Veranstaltung fand am 18. Februar 2014 in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel statt. An ihr nahmen 28 Abgeordnete nationaler Parlamente aus 16 Parlamentskammern in 14 Ländern teil, ferner acht Abgeordnete des Europäischen Parlaments sowie Vertreter von EU-Organen, internationalen Organisationen und NRO.

In einer lebhaften Debatte diskutierten die Konferenzteilnehmer über die Rolle von Parlamenten und Demokratie im Zeitalter einer „globalisierten Innenpolitik“ sowie über die Aktivitäten der Parlamente Europas in multinationalen Organisationen und internationalen Foren und präsentierten globale Initiativen und Netzwerke, in denen Parlamentarier gemeinsam an bestimmten Themen arbeiten.<sup>6</sup>

### **3. Institutionalisierte parlamentarische Zusammenarbeit**

#### **3.1 Die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente (COSAC)**

*Im Jahr 2013 beging die COSAC, die im November 1989 in Paris gegründete Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union, feierlich ihre 50. Plenartagung in Vilnius. Die COSAC ist insofern einzigartig, als sie das einzige im Vertrag von Lissabon (Protokoll Nr. 1) verankerte interparlamentarische Forum ist. Das nationale Parlament des Mitgliedstaats, der den rotierenden Ratsvorsitz innehat, bestimmt jeweils die Ausrichtung und die Arbeit der COSAC. Rückhalt erhält es von den Parlamenten der Vorsitz-Troika und vom Europäischen Parlament. Es kann auf die organisatorische Unterstützung eines kleinen Sekretariats zurückgreifen, das beim Europäischen Parlament angesiedelt ist und dessen Leiter ein von einem nationalen Parlament für diese Aufgabe abgestellter Beamter ist, der als ständiges Mitglied bezeichnet wird.*

Die seit der polnischen Präsidentschaft der COSAC im Jahr 2011 bestehende Tendenz zu einem stärker konsensorientierten Konzept wurde im Jahr 2013 konsolidiert. Während des irischen und des litauischen Ratsvorsitzes trug das Europäische Parlament wesentlich zur Arbeit der COSAC bei. Zahlreiche Abgeordnete des Europäischen Parlaments beteiligten sich aktiv an den beiden Plenartagungen in Dublin und Vilnius. Das irische Parlament, der *Oireachtas*, und das litauische Parlament, der *Seimas*, luden vier Mitglieder des Europäischen Parlaments zur XLIX. und L. Plenartagung der COSAC als Hauptreferenten und einen EP-Abgeordneten als ersten Gegenredner ein. Ihre Redebeiträge und Antworten auf Fragen aus dem Plenum trugen dazu bei, eine wahrhaft europäische und interparlamentarische Debatte zu Themen wie Entwicklungspolitik, Europawahlen 2014, demokratische Legitimierung innerhalb der EU, Umsetzung der Strategie Europa 2020 sowie Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik zu gestalten. Darüber hinaus befanden sich in den Delegationen, die das Europäische Parlament nach Dublin und Vilnius entsandt hatte, auch Mitglieder

---

<sup>6</sup> Sämtliche Dokumente und Hintergrundinformationen zu Sitzungen sind auf der Website der Konferenz unter <http://www.europarl.europa.eu/webnp/cms/pid/1983> verfügbar.

verschiedener EP-Ausschüsse, sodass Abgeordnete zu Wort kommen konnten, die Spezialisten für die Themen auf der Tagesordnung waren.

Erfreulich war zudem, dass auch Mitglieder anderer Parlamente sich bei den Diskussionen sehr engagiert einbrachten und somit ebenfalls zur Lebhaftigkeit der COSAC-Debatten beitrugen. Mit Hauptreferenten sowohl aus nationalen Parlamenten als auch aus dem Europäischen Parlament konnte die interparlamentarische Dimension der Debatten bei den COSAC-Tagungen deutlich ausgebaut werden. Mit der Einladung von Pat Cox, dem ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, nach Vilnius, wo dieser mit seiner beispielhaften Mission in der Ukraine ein überzeugendes Bekenntnis zur parlamentarischen Diplomatie des Europäischen Parlaments ablegte, wurde dem interparlamentarischen Austausch noch eine weitere Facette hinzugefügt.

Beide Parlamente, deren Länder den Ratsvorsitz innehatten, bemühten sich mit Erfolg um Innovation und Auffrischung des Formats der COSAC-Tagungen, indem sie u. a. eine Podiumsdiskussion einführten, die jungen EU-Bürgerinnen und -Bürgern, die Minderheiten repräsentierten, ein Forum bot, und informelle (gut besuchte und lebhaft) „Lunchtime-Sitzungen“ zu parlamentarischen Praktiken bei der gezielten EU-Kontrolle bzw. zur Rolle der nationalen Parlamente bei der Ausgestaltung und Kontrolle der Entscheidungsfindung innerhalb der EU aufs Programm setzten. Zusätzlich zur ordentlichen COSAC-Tagung organisierte der litauische Ratsvorsitz eine Reihe von thematisch verbundenen Rahmenveranstaltungen, so etwa das „Baltic Sea Parliamentary Forum“ und des ersten COSAC-Frauenforums, das künftig noch stärker ausgebaut werden könnte.

Den COSAC-Plenartagungen gehen traditionell Sitzungen der wichtigsten Fraktionen voraus, bei denen die Ko-Vorsitzenden der EP-Delegation den Vorsitz oder den Ko-Vorsitz führen. Der litauische Ratsvorsitz bat die COSAC-Delegierten aus nationalen Parlamenten erstmals, bei ihrer Anmeldung für die Tagung ihre Parteizugehörigkeit anzugeben, was die Organisation von Fraktionssitzungen erleichterte und zu einer erheblich höheren Beteiligung führte. Im Protokoll zur L. COSAC-Tagung war erstmals die Zugehörigkeit der einzelnen Redner zu einer politischen Familie angegeben, was zu einer stärkeren Politisierung der COSAC-Tagung beitrug.

Auf den COSAC-Tagungen und in den Zweijahresberichten von 2013 wurde deutlich, dass viele nationale Parlamente unzufrieden mit ihrer unzureichenden Einbeziehung bei europäischen Angelegenheiten sind, u. a. auch, was die Kontrollbefugnisse in Bezug auf ihre Regierungen angeht. Diese Parlamente fordern eine stärkere Mitwirkung an den europäischen Entscheidungsfindungsprozessen, insbesondere bei der Rechtsetzung, ob mit oder ohne Änderung der Verträge. Daher musste die Delegation des Europäischen Parlaments als Vertreterin eines EU-Organs wiederholt darauf verweisen, dass die EU-Verträge eingehalten werden müssen. Wenn es um die Annahme der Beiträge und der Schlussfolgerungen ging, musste sie darüber hinaus die nationalen Parlamente daran erinnern, dass auch das Europäische Parlament Mitglied der COSAC ist und dass infolgedessen die angenommenen Texte die Rolle und die Vorrechte des Europäischen Parlaments als Organ der Union respektieren müssten. Scheiterte dieser Ansatz, musste sich die Delegation des Europäischen Parlaments von den gefassten Beschlüssen distanzieren und hervorheben, dass es jegliche Interpretation von im Beitrag enthaltenen Vorschlägen, die den Buchstaben oder den Geist der Verträge und das derzeitige Gleichgewicht zwischen nationalen und europäischen parlamentarischen Institutionen in Frage stellten, ablehnen müsste.

### 3.2 Die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EUSC)

*Die EUSC ist das Lenkungsgremium der interparlamentarischen Zusammenarbeit und tritt jedes Jahr im Frühjahr in dem Land zusammen, das während des zweiten Halbjahres des vorangegangenen Jahres den Vorsitz im Rat der EU innehatte. Der EUSC geht ein Vorbereitungstreffen der Generalsekretäre der teilnehmenden Länder voraus.<sup>7</sup>*

Auf der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU, die vom 21.-23. April 2013 unter aktiver Beteiligung von Parlamentspräsident Martin Schulz in Nikosia stattfand, wurde eine Vereinbarung über die Modalitäten zur Umsetzung von Artikel 13 des Vertrages über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (→ 2.1) erzielt.

Bei der Diskussion über die Rolle der nationalen Parlamente der EU und des Europäischen Parlaments bei der Stärkung von Demokratie und Menschenrechten in Drittländern betonten die Parlamentspräsidenten, dass Peer-to-Peer-Partnerschaften und Unterstützungsmaßnahmen zur Schaffung gut funktionierender Parlamente beitragen könnten, deren Charakteristika die gegen- und beiderseitige Anerkennung, gleiche und effektive Vertretung, Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effektivität auf nationaler und internationaler Ebene sein sollten. Die Parlamentspräsidenten forderten die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament auf, ihre Aktivitäten in diesem Bereich fortzuführen, z. B. technische Unterstützung, Austausch- und Partnerschaftsprogramme.

Die Parlamentspräsidenten diskutierten auch darüber, wie die Europäische Union bürgernäher gestaltet werden könnte, und kamen zu dem Schluss, dass die Parlamente Debatten über EU-Angelegenheiten auf nationaler und interparlamentarischer Ebene unterstützen sollten und dass die interparlamentarische Zusammenarbeit u. a. den Informationsaustausch über weitere Impulse zur Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte und über EU-Themen im Allgemeinen beinhalten sollte. Sie betonten insbesondere, dass die Bürgerinnen und Bürger ermutigt werden müssten, ihr Wahlrecht auszuüben, und hoben die Notwendigkeit hervor, dafür zu sorgen, dass den Bürgerinnen und Bürgern die Bedeutung der Entscheidungen auf EU-Ebene sowie deren Auswirkungen auf ihr Leben bewusst wird, um ihre Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament zu fördern.

Angesichts der Frage, was Parlamente tun können, um den sozialen Zusammenhalt in Zeiten von Sparzwängen zu stärken, hoben die Parlamentspräsidenten hervor, dass die Parlamente der Europäischen Union sicherstellen müssten, dass die Umsetzung des Europäischen Semesters auf demokratische und transparente Weise erfolge und die demokratische Rechenschaftspflicht dabei eingehalten werde. Des Weiteren vertraten sie die Auffassung, dass die Parlamente der Europäischen Union eng in die Gestaltung und Umsetzung des Rahmens für stärkere wirtschaftliche und soziale Reformen auf nationaler Ebene eingebunden werden sollten.

Außerdem begrüßten die Parlamentspräsidenten die verstärkten Anstrengungen und Möglichkeiten, um IPEX (→ 6.1) als wichtigstes Instrument für die technische Unterstützung beim Austausch von Informationen zwischen Parlamenten der EU und mit europäischen Einrichtungen zu EU-bezogenen Themen zu fördern. Sie befürworteten den Vorschlag, die Dokumente für weitere interparlamentarische Konferenzen (→ 2.1 und 2.3) neben dem

---

<sup>7</sup> Alle Dokumente zur EUSC und zu den vorbereitenden Treffen der Generalsekretäre können über die Website von IPEX abgerufen werden: [www.ipex.eu](http://www.ipex.eu)

vorhandenen Internetauftritt der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU durch IPEX verwalten zu lassen.

### **3.3 Beziehungen zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE)**

*Mit der im Jahr 2007 unterzeichneten Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates verpflichteten sich die beiden Organe, eine bessere Zusammenarbeit und eine bessere Koordinierung ihrer Aktivitäten anzustreben. Beide Institutionen änderten ihre jeweiligen Geschäftsordnungen entsprechend und legten einen besonderen Schwerpunkt auf effektive Arbeitsbeziehungen zwischen den zuständigen Ausschüssen auf beiden Seiten. Auch traf sich die Konferenz der Präsidenten des EP regelmäßig zum Austausch mit dem Präsidialausschuss der PACE, um den Stand der Beziehungen und die verbesserungswürdigen Bereiche zu prüfen. Ein sogenanntes Gemeinsames Informelles Gremium aus Vertretern von EP-Ausschüssen und der PACE einigte sich über das Verfahren zur Einbindung des Europäischen Parlaments in die Ernennung von Richtern für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.*

Dennoch wurde bei verschiedenen Gelegenheiten festgestellt, dass die in den Vereinbarungen und Erklärungen festgehaltenen Absichten zu selten in konkrete Aktionen umgesetzt wurden. Insbesondere birgt die Überwachung der Grundrechte das Risiko der Bildung von Parallelstrukturen und Parallelstandards in den beiden Versammlungen. Schließlich bietet der Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention eine gute Gelegenheit, die Gefahr eines kontraproduktiven Wettbewerbs in diesem Bereich zu umschiffen.

Unstimmigkeiten im EU-Ministerrat haben zu einer weiteren Verzögerung des Beitritts der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention geführt. Dieser wird hoffentlich im Jahr 2014 erfolgen können. Wenn dies der Fall ist, wird sich dadurch eine Gelegenheit für eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und dem Europarat auf politischer und administrativer Ebene bieten. Anlässlich des Meinungsaustauschs zwischen der Konferenz der Präsidenten und dem Präsidialausschuss der Fraktionen der Parlamentarischen Versammlung auf der Sitzung am 9. Januar 2014 wurde die Notwendigkeit von mehr Komplementarität und besseren Synergien zwischen den beiden Organen in Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse hervorgehoben. In seiner Rede auf der Wintertagung 2014 der Parlamentarischen Versammlung sprach sich Präsident Martin Schulz für eine engere und nachhaltige Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Wahlbeobachtung aus.

## **4. Interparlamentarische Treffen**

### **4.1 Interparlamentarische Ausschusssitzungen – ein stärker fokussierter Austausch zwischen Sachverständigen**

*In den vergangenen Jahren wurden drei Hauptformate für interparlamentarische Treffen entwickelt, um Foren für den Austausch von Informationen und Meinungen zu ausgewählten Themen zu schaffen. Interparlamentarische Ausschusssitzungen (ICM) sind Sitzungen, die auf Initiative eines oder mehrerer EP-Ausschüsse mit Unterstützung der Direktion Beziehungen mit nationalen Parlamenten organisiert werden. Sie bringen Abgeordnete aus EP-Fachausschüssen und entsprechenden Ausschüssen nationaler Parlamente zusammen. Derartige Sitzungen sind nicht zu verwechseln mit gemeinsamen Ausschusssitzungen (JCM) oder gemeinsamen parlamentarischen Treffen (JPM), die vom Europäischen Parlament und*

*vom Parlament des Landes, das den Vorsitz im Rat der EU innehat, gemeinsam organisiert werden. JPM sind Treffen zu breit gefächerten politischen Themen, während es sich bei JCM um Treffen zwischen Sektorausschüssen des Europäischen Parlaments und Ausschüssen der nationalen Parlamente handelt, die hauptsächlich jene Politikbereiche abdecken, in denen die EU über Gesetzgebungsbefugnisse nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren verfügt.*

Im Jahr 2013 wurden 17 Interparlamentarische Ausschusssitzungen und Workshops organisiert. Dies war die höchste Anzahl an ICM, die je erreicht wurde. An diesen Sitzungen waren 14 ständige Ausschüsse und Fachausschüsse des Europäischen Parlaments beteiligt. Insgesamt nahmen 374 Abgeordnete nationaler Parlamente (plus neun aus Nicht-EU-Ländern) und 396 Mitglieder des Europäischen Parlaments an ihnen teil. Die erörterten Themen reichten von der *Freizügigkeit für Bürgerinnen und Bürger* über das *Europäische Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik* (für das die drei am unmittelbarsten betroffenen EP-Ausschüsse sich zusammenschlossen) und das *Gemeinsame Europäische Kaufrecht* bis hin zur *Zukunft der europäischen Verteidigungspolitik*. Darüber hinaus organisierte der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie zusammen mit seinem litauischen Pendant eine gemeinsame Ausschusssitzung zum Thema „Energiebinnenmarkt der EU für das 21. Jahrhundert“, das eine der höchsten Prioritäten für den litauischen Ratsvorsitz darstellte. An dieser Sitzung nahmen 32 Mitglieder nationaler Parlamente teil (plus vier aus Nicht-EU-Ländern).

Neben der Europäischen Parlamentarischen Woche (→ 2.1) war, was die Teilnehmerzahl betrifft, das erfolgreichste Interparlamentarische Treffen die Interparlamentarische Ausschusssitzung des Rechtsausschusses und des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres zum Thema „Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts: aktueller Stand der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen“, an der 35 Mitglieder aus 21 nationalen Parlamenten (26 Kammern), einschließlich Kroatien und Norwegen, teilnahmen. Erfolg lässt sich jedoch nicht allein in Zahlen ausdrücken; einige der im Jahr 2013 abgehaltenen Treffen wurden, wie schon in früheren Jahren, absichtlich so organisiert, dass sich nur Ausschussvorsitzende trafen, um so eine stärker fokussierte Diskussion zu ermöglichen.

Verglichen mit 2012 verlagerte sich der thematische Schwerpunkt der Interparlamentarischen Ausschusssitzungen im Jahr 2013 weg von Themen der Gesetzgebungsaenda der parlamentarischen Ausschüsse hin zu umfassenderen Fragestellungen, z. B. die Freizügigkeit der Bürgerinnen und Bürger, die Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung und diesbezügliche Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und nationalen Parlamenten, die Belange von Frauen angesichts der Krise und die Zukunft der europäischen Verteidigungspolitik. Treffen zu bestimmten Legislativvorschlägen wurden allerdings fortgesetzt (beispielsweise zur Ausgewogenheit des Verhältnisses zwischen Männern und Frauen in Unternehmensvorständen, zum Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht oder zu Europol).

Im Jahr 2013 bildeten sich neue Schwerpunkte bei den Interparlamentarischen Ausschusssitzungen heraus, so z. B. die einheitliche und effektive Anwendung des EU-Rechts (Umwelt), die Umsetzung eines strategischen Rahmens und eines Aktionsplans auf EU-Ebene (Menschenrechte und Demokratie) und die parlamentarische Kontrolle der Ausgaben. Mit der öffentlichen interparlamentarischen Diskussion über wirtschaftspolitische Steuerung als Gegenstück zum zwischenstaatlichen Beschlussfassungsverfahren hinter



verschlossenen Türen wurde im Jahr 2013 (und 2014) eine weitere Neuentwicklung fortgesetzt. Sollte dieser Trend anhalten, könnte sich in Zukunft eine neuartige interparlamentarische Szene entwickeln: ein Forum für parlamentarische Kontrolle, für Praxistests bezüglich der Umsetzung von EU-Gesetzen vor Ort und für eine offene Diskussion auf europäischer Ebene über Themen, zu denen Regierungen gemeinhin über Nacht Entscheidungen treffen. Kurz gesagt: eine Grundlage für mehr demokratische Rechenschaftspflicht und Kontrolle.

#### **4.2 Bilaterale Besuche – eine flexible und effiziente Formel**

*Bilaterale Besuche bieten die Möglichkeit eines zwangloseren und fokussierteren Dialogs auf Initiative des besuchenden Parlaments bzw. der besuchenden Kammer. Das Europäische Parlament bietet logistische Unterstützung durch die Bereitstellung von Tagungsräumen und Dolmetschern sowie die Übernahme von Kosten für Arbeitsessen in seinen Räumlichkeiten.*

Wie bereits in früheren Jahren gab es im Jahr 2013 vergleichsweise häufig bilaterale Besuche, wobei das Parlament des Vereinigten Königreichs (beide Kammern) sich als das aktivste erwies. Das Potenzial bilateraler Besuche wurde dennoch möglicherweise nicht voll ausgeschöpft, da nur 19 Parlamentskammern (einschließlich des Nordischen Rats) von dieser wichtigen Form der interparlamentarischen Zusammenarbeit Gebrauch machten. Dies überrascht umso mehr, als solche Treffen den Abgeordneten nationaler Parlamente die Gelegenheit bieten, ihre eigene Tagesordnung festzulegen und mit zentralen Akteuren im Europäischen Parlament über Themen zu diskutieren, die ihnen wichtig sind. Im Jahr 2013 fanden 13 bilaterale Besuche auf der Ebene von Beamten statt, eine Möglichkeit, die von sieben Kammern für interne berufliche Weiterbildungszwecke genutzt wurde. Eine vollständige Übersicht über die 43 bilateralen Besuche des Jahres 2013, an denen 124 Abgeordnete und 167 Mitarbeiter nationaler Parlamente teilnahmen, ist in Anlage III enthalten.

#### **4.3 Videokonferenzen - Schritte in die Zukunft**

*Videokonferenzen bieten vielfältige Möglichkeiten für die interparlamentarische Zusammenarbeit. Im Laufe der letzten Jahre haben die Dienststellen des Europäischen Parlaments eine technische Lösung für Videokonferenzen in hervorragender Bild- und Tonqualität entwickelt, die auch die Verdolmetschung in verschiedene Sprachen umfasst.*

Seit 2013 wird diese Technik als ständiger Dienst im Europäischen Parlament angeboten. Ihre offizielle Einführung wurde von verschiedenen Werbeaktionen begleitet. Im September 2013 konnten die für EU-Angelegenheiten zuständigen Vertreter nationaler Parlamente sich anlässlich einer mehrsprachigen Live-Videokonferenz zwischen dem Europäischen Parlament in Brüssel, dem litauischen Parlament in Vilnius und dem portugiesischen Parlament in Lissabon von den Fähigkeiten der neuen Technologie überzeugen. Das Europäische Parlament hat nationalen Parlamenten auch angeboten, per Videokonferenz an einem ihrer turnusmäßigen interparlamentarischen Treffen teilzunehmen, und wird diese Möglichkeit auch künftig so oft wie möglich nutzen.

Aus technischen Gründen unterliegt das neue System noch immer gewissen Beschränkungen, z. B. bezüglich der Anzahl der mit dieser Technik ausgestatteten Tagungsräume im Europäischen Parlament, der Anzahl der Dolmetschkanäle, die den Teilnehmern zur Verfügung stehen, oder der maximalen Anzahl derartiger Videokonferenzen mit Verdolmetschung, die pro Woche beim Europäischen Parlament abgehalten werden können.

Darüber hinaus ist es wichtig, festzuhalten, dass eine Videokonferenz mit einem nationalen Parlament nur dann durchgeführt werden kann, wenn die Ausstattung dieses nationalen Parlaments dieselben technischen Standards aufweist wie das EP-System. Die Erfahrung lehrt, dass unbedingt technische Tests auf Verwaltungsebene vorzunehmen sind, bevor eine Videokonferenz mit einem nationalen Parlament im Detail geplant wird.

Im Herbst 2013 begannen die Dienststellen des Europäischen Parlaments daher mit einer technischen Erhebung bei den nationalen Parlamenten, um aktuelle Daten zu deren Videokonferenzausrüstung zu erfassen. Anfang 2014 wurden die Ergebnisse allen nationalen Parlamenten mitgeteilt, was die Organisation künftiger Videokonferenzen vereinfachen soll.

## **5. Der „Frühwarnmechanismus“ – das Protokoll (Nr. 2) zum Vertrag von Lissabon**

*Eine der bedeutendsten Entwicklungen in der Rechtsarchitektur der EU in den letzten Jahren war die Umsetzung von Protokoll Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon. Das Protokoll gibt nationalen Parlamenten das Recht, Entwürfe von EU-Gesetzgebungsakten, die nicht in die ausschließliche Zuständigkeit der Europäischen Union fallen, zu prüfen und sich gegen ihre Annahme auszusprechen, wenn sie der Meinung sind, dass die Entwürfe nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar sind. Es sieht ein Verfahren für eine obligatorische Überprüfung durch das Organ vor, das den betreffenden Legislativvorschlag vorgelegt hat – normalerweise die Kommission –, wenn die Anzahl der eingegangenen begründeten Stellungnahmen bestimmte Schwellen überschreitet.<sup>8</sup> Möglich sind zwei Verfahren, umgangssprachlich bezeichnet als „gelbe“ bzw. „orange Karte“ (im letzteren Fall sind die Auflagen strenger).*

Dieser „Frühwarnmechanismus“ hat die Arbeitsmethoden des Europäischen Parlaments verändert, u. a. auch seine Geschäftsordnung. Die nationalen Parlamente haben ihrerseits diese Möglichkeit genutzt, um nicht nur Aspekte des Subsidiaritätsprinzips zu überprüfen, sondern eine Vielzahl weiterer Gesichtspunkte zu hinterfragen, z. B. auch die Inhalte von Legislativvorschlägen. Dies spiegelt die Tatsache wider, dass von den 1 546 Eingaben nationaler Parlamente, die seit Inkrafttreten des Protokolls bis Ende Dezember 2013 eingegangen sind (bei insgesamt 439 Gesetzgebungsakten, die den nationalen Parlamenten zur Überprüfung vorgelegt wurden), nur 276 tatsächlich begründete Stellungnahmen waren, d. h. Eingaben, in denen die Annahme eines Gesetzgebungsakts aufgrund eines mutmaßlichen Verstoßes gegen das Subsidiaritätsprinzip abgelehnt wird. Die übrigen 1 270 könnten als Beiträge bezeichnet werden, in denen alle möglichen anderen Fragen erörtert werden.

Im Jahr 2013 gingen 87 begründete Stellungnahmen zu 115 Entwürfen von Gesetzgebungsakten ein, die zur parlamentarischen Kontrolle vorgelegt worden waren. Die nationalen Parlamente reichten darüber hinaus 226 Beiträge ein. Zum Vergleich: Im Jahr 2012 waren es 71 begründete Stellungnahmen und 221 Beiträge, die sich auf 79 Entwürfe von Gesetzgebungsakten bezogen, die in jenem Jahr in den Anwendungsbereich von Protokoll Nr. 2 fielen. Somit lässt sich, im Verhältnis betrachtet, ein leichter Rückgang zwischen diesen beiden Jahren feststellen, wenn auch absolut betrachtet die Anzahl sowohl der begründeten Stellungnahmen als auch der Beiträge im Jahr 2013 höher war als im Jahr 2012.

---

<sup>8</sup> Wenn ein Drittel der nationalen Parlamente – bzw. ein Viertel bei Angelegenheiten im Bereich Justiz und Inneres – gegen einen Vorschlag stimmt.

## **6. Instrumente für den Informationsaustausch und zum Aufbau von Netzen**

### **6.1 Interparlamentarischer Austausch von EU-bezogenen Informationen – IPEX**

*Die Plattform für den Interparlamentarischen Austausch von EU-bezogenen Informationen (IPEX) wurde auf eine Empfehlung der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EUSC) in Rom im Jahr 2000 geschaffen und anlässlich der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union in Kopenhagen im Jahr 2006 eingeweiht. Seither haben die nationalen Parlamente der EU, das Europäische Parlament sowie Kandidatenländer durch Hochladen von EU-bezogenen Informationen Beiträge zu dieser Plattform geleistet. Am 1. Juli 2011, nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Dezember 2009, wurde eine neu gestaltete Website gestartet, um den zukünftigen Herausforderungen besser gerecht werden zu können.*

Im Jahr 2013 wurden neue IPEX-Funktionen entwickelt: Auf der EUSC-Seite wurden zwei neue untergeordnete Seiten angelegt, um alle Dokumente, die sich auf die neuen Interparlamentarischen Konferenzen beziehen, die bei den Konferenzen der Präsidenten der Parlamente der EU im Jahr 2012 in Warschau und im Jahr 2013 in Nikosia gegründet worden waren, zu archivieren.

In den letzten zwei Jahren wurde IPEX so angepasst, dass Dokumente über die neue Kommunikationsplattform der Europäischen Kommission, eTrustEx, empfangen werden können. Diese neue Plattform wurde Ende August 2013 voll funktionsfähig und IPEX war, zusammen mit den nationalen Parlamenten, der erste Empfänger von Dokumenten, die die Europäische Kommission durch diesen neuen und gesicherten Kommunikationskanal geschickt hatte. Im Oktober 2013 kam die Europäische Kommission der Bitte von IPEX nach, auch all jene Dokumente zu empfangen, die zuvor ausschließlich an den Rat geschickt worden waren; infolgedessen empfängt das Europäische Parlament diese Dokumente nun ebenfalls auf direktem Wege. IPEX nahm auch Kroatien in den Kreis der teilnehmenden Parlamente auf und machte Kroatisch rechtzeitig zum EU-Beitritt Kroatiens am 1. Juli 2013 zur 24. Navigationssprache.

Als im Oktober 2013 die begründeten Stellungnahmen der nationalen Parlamente eine zweite „gelbe Karte“ auslösten, wurde dies schnell bekannt, was u. a. dem rechtzeitigen Hochladen der begründeten Stellungnahmen der nationalen Parlamente auf IPEX zu verdanken war. Ein weiterer wichtiger Faktor war die Verfügbarkeit englischer Übersetzungen der einschlägigen Dokumente. Dies wird zu einem immer stärker verbreiteten Merkmal.

Im Jahr 2013 stieg die Zahl der Nachrichten, die von den nationalen Parlamenten zu Veranstaltungen und Themen in Bezug auf EU-Angelegenheiten im Abschnitt „NEWS“ der Website bekannt gegeben wurden. Dies trug zum Austausch von Informationen bei, die nicht nur die parlamentarische Kontrolle betrafen.

### **6.2 Europäisches Zentrum für parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation – EZPWD**

*Im Jahr 2013 gehörten dem gemeinsam vom Europäischen Parlament und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats geleiteten EZPWD 65 parlamentarische Kammern aus 53 Ländern und europäischen Institutionen an (darunter 41 Parlamente/Kammern in Mitgliedstaaten der EU). 119 Korrespondenten und*

*stellvertretende Korrespondenten vertreten ihr jeweiliges Parlament innerhalb des Netzwerks und tragen zu den Hauptaktivitäten des EZPWD bei, die in einem intensiven Austausch von Informationen und bewährten Praktiken bestehen.*

Es wurden 254 Anfragen bei dem Netzwerk eingereicht, die zu 6 328 Antworten führten, wobei beide Zahlen unter denen von 2012 lagen. Dieser Rückgang ist sehr wahrscheinlich damit zu erklären, dass in der Institution, die die meisten Anfragen stellt, dem Deutschen Bundestag, Wahlen stattfanden und sie daher nicht die übliche Anzahl an Anfragen vorbrachte.

Das Europäische Parlament antwortete in 33 Fällen – eine geringere Zahl als bei anderen Parlamenten, da es nur auf Anfragen zur parlamentarischen Praxis und zu parlamentarischen Verfahren reagiert. Das Europäische Parlament hat von seiner Mitgliedschaft im Netzwerk vor allem profitiert und im Jahr 2013 acht Anfragen auf Verlangen verschiedener Dienststellen des Hauses eingereicht. Zwei Anfragen standen im Zusammenhang mit den bevorstehenden Europawahlen und betrafen besondere Angelegenheiten, die für das Ende der Mandate von Mitgliedern des Europäischen Parlaments relevant sind. Eine weitere Anfrage lieferte Daten zu den Namen von Parlamentarierinnen in Europa und trug wesentlich zur Organisation des Jahrespipfels 2013 „Women in Parliaments Global Forum“ (WIP) bei, der im November 2013 im Europäischen Parlament stattfand. Wieder andere Anfragen, wie zum Beispiel eine in Bezug auf Reisebüros und eine andere bezüglich der externen Beziehungen von Parlamenten, dienen der Erhebung von Vergleichsdaten für laufende Projekte in der Verwaltung des Europäischen Parlaments. Das Europäische Parlament hat erneut Haushaltsmittel in beachtlicher Höhe in die Verbesserung und Weiterentwicklung der EZPWD-Webseite investiert.

Die Ergebnisse und Errungenschaften der vergangenen Jahre zeigen, dass das EZPWD ein wahres Erfolgsbeispiel für interparlamentarische Zusammenarbeit auf Ebene der Parlamentsverwaltungen ist. Die über das Netzwerk verbreiteten Informationen können kaum anderweitig gefunden werden. Die Seminare bieten Raum für den Austausch bewährter Praktiken zwischen Sachverständigen im Parlament, für die es normalerweise recht schwierig ist, ihre Amtskollegen zu treffen. Das Modell des EZPWD ist eine Quelle der Inspiration für ähnliche Projekte weltweit, insbesondere in Afrika und Lateinamerika.

## **7. Tendenzen in den interparlamentarischen Beziehungen 2009-2014**

Maßgeblich für die Entwicklungen beim Ausbau der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und nationalen Parlamenten waren in den vergangenen fünf Jahren die institutionellen und rechtlichen Veränderungen durch den Vertrag von Lissabon, einschließlich des erweiterten Zuständigkeitsbereichs der Europäischen Union – in einem Umfeld, das von der weltweiten Wirtschafts- und Währungskrise geprägt war. Die Krise hat auf EU-Ebene vor allem den Anstoß zu wichtigen Neuentwicklungen im rechtlichen wie auch in anderen Bereichen gegeben. Viele dieser Entwicklungen werfen jedoch ernsthafte Fragen darüber auf, inwieweit für den Parlamentarismus relevante Grundsätze, wie die Grundsätze der Rechenschaftspflicht und Transparenz, gewahrt werden. Insbesondere drängen neue Mechanismen, die auf Initiative der Exekutivorgane auf EU-Ebene geschaffen wurden (zum Beispiel der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)) die Rolle der Parlamente einschließlich des Europäischen Parlaments an den Rand.

Die in diesem Umfeld entstehenden Spannungen zwischen den nationalen Parlamenten und den Organen der EU, einschließlich des Europäischen Parlaments, sind oft nicht zu übersehen, da viele – wenn auch nicht alle – nationalen Parlamente zutiefst besorgt über einen vermeintlichen Verlust ihrer traditionellen Aufgabe sind, den demokratischen Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Vor diesem ungünstigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Hintergrund entwickeln sich die interparlamentarischen Beziehungen dennoch weiter, mit dem Ziel, sich alten und neuen Herausforderungen zu stellen, jedes einzelne Parlament sowie alle Parlamente gemeinsam stärker zu befähigen, die Exekutive für ihre Handlungen zur Verantwortung zu ziehen, Transparenz zu erhöhen, Dialog und bewährte Verfahren zu fördern und zu versuchen, Differenzen zu überwinden. Es sind mindestens sieben Tendenzen auszumachen, die im Folgenden beleuchtet werden.

Der erste Trend betrifft die stärkere formelle Einbeziehung der nationalen Parlamente innerhalb der institutionellen Architektur der EU. Artikel 12 EUV macht deutlich, dass die nationalen Parlamente aktiv zur guten Arbeitsweise der Union beitragen. Dieser Grundsatz wird in Protokoll Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon konkretisiert, das die nationalen Parlamente ermächtigt, Entwürfe von Gesetzgebungsakten der EU zu prüfen, die nicht in die ausschließliche Zuständigkeit der Union fallen. Aber obwohl den nationalen Parlamenten mit diesem Protokoll eine Möglichkeit eingeräumt wird, mit den EU-Organen in Angelegenheiten zusammenzuwirken, die über das Subsidiaritätsprinzip hinausgehen,<sup>9</sup> bleibt es nicht frei von Kritik. Kritiker argumentieren vor allem, dass der im Protokoll eingeräumte Zeitraum zur parlamentarischen Kontrolle (acht Wochen) ungenügend sei und dass die Antworten der Kommission zu generalisiert seien und mit einer langen Verzögerung abgegeben würden. Kritisiert wurde auch die Tatsache, dass nationale Parlamente bislang nur in zwei Fällen eine zwingende Überprüfung („gelbe Karten“) gemäß dem Protokoll ausgelöst haben.

Man könnte darauf schließen, dass es den nationalen Parlamenten trotz der Bemühungen im Rahmen von COSAC oder informellen Treffen oder der intensivierten informellen Koordinierungsbemühungen über Vertreter ihrer Verwaltungen im Europäischen Parlament noch nicht gelungen ist, wirksame Formen der Zusammenarbeit untereinander in Bezug auf das Protokoll Nr. 2 zu verwirklichen. Die geringe Anzahl gelber Karten könnte aber auch als Hinweis darauf interpretiert werden, dass die Kommission sich strenger an das Subsidiaritätsprinzip hält. Eine dritte mögliche Interpretation für die geringe Anzahl gelber Karten liefert die Tatsache, dass nicht alle Parlamente bei den einzelnen Vorschlägen für rechtliche Maßnahmen den gleichen Standpunkt vertreten. Besonders interessant ist die Feststellung, dass sogar zwischen den beiden Kammern desselben Parlaments Uneinigkeit darüber bestehen kann, ob ein Vorschlag mit dem Subsidiaritätsprinzip in Einklang steht. Das Europäische Parlament hat bisher eine überwiegend reflektierende Position eingenommen, da die Durchführung des Protokolls in erster Linie die Kommission betrifft, die normalerweise die vorliegende Institution ist. Am 4. Februar 2014 wurden jedoch in einer vom Plenum angenommenen Entschließung des Parlaments ausdrücklich das Thema Subsidiarität aufgegriffen und einige der Hauptkritikpunkte wiedergegeben, die in Bezug auf die Anwendung des Protokolls geäußert worden waren.<sup>10</sup>

---

<sup>9</sup> Bekräftigt wird dies durch die Tatsache, dass fast 80 Prozent der unter das Protokoll Nr. 2 fallenden schriftlichen Stellungnahmen nationaler Parlamente zu Entwürfen eines Gesetzgebungsakts deren Gültigkeit nicht aufgrund des Subsidiaritätsprinzips in Frage stellen.

<sup>10</sup> Entschließung des Europäischen Parlaments vom 4. Februar 2014 zur regulatorischen Eignung der EU-Vorschriften und Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit – 19. Bericht über bessere Rechtsetzung 2011 (2013/2077(INI)), Nummer 21-30.

Eine zweiter Trend im Bereich der interparlamentarischen Beziehungen bestand in den letzten fünf Jahren darin, dass interparlamentarische „Konferenzen“ über eine politische Einigung in der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EUSC) beschlossen werden. Ein erwähnenswertes Beispiel ist die Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), die von der EUSC im April 2012 im Rahmen ihrer Tagung in Warschau eingerichtet wurde. Beobachtern zufolge entwickelt sich die interparlamentarische Konferenz für GASP und GSVP kontinuierlich zu einer interparlamentarischen Plattform zur Prüfung der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, während gleichzeitig die Bildung neuer Strukturen oder Versammlungen vermieden wird. Mehr als 100 Abgeordnete nationaler Parlamente und eine Delegation aus 16 MdEP nehmen regelmäßig daran teil, und sie bietet eine einzigartige Gelegenheit zur interparlamentarischen Debatte mit dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik/Vizepräsidenten der Kommission über wichtige außenpolitische Fragen der EU. Zuletzt wurde im Rahmen der EUSC im April 2013 in Nicosia eine Einigung über die Einrichtung und die allgemeinen Grundregeln für die Organisation der Konferenz basierend auf Artikel 13 VSKS erzielt. In beiden Fällen spiegeln die mit Hilfe der EUSC eingerichteten interparlamentarischen Foren zum einen die auf EU-Ebene ausgeweiteten Aktivitäten in Angelegenheiten wider, die traditionell auf einzelstaatlicher Ebene geregelt wurden, und zum anderen das Anliegen von Parlamenten, an der Ausübung der Kontrolle und an der Prüfung dieser Aktivitäten beteiligt zu werden, die weitgehend von der Exekutive gelenkt werden.

Eine dritte Tendenz besteht darin, dass die Verträge interparlamentarische Mittel der Zusammenarbeit vorsehen. Dies wird an der Einfügung von Artikel 88 AEUV zur Kontrolle von Europol deutlich. Hier liegt ein Gegensatz zur traditionellen Situation vor, in der interparlamentarische Sitzungen weitgehend außerhalb des rechtlichen Bezugsrahmens organisiert wurden, mit der bedeutenden Ausnahme von COSAC, die in Artikel 10 des Protokolls Nr. 1 zum Vertrag vorgesehen ist. Erwähnenswert ist auch, dass diese Mittel der parlamentarischen Zusammenarbeit eine dauerhaftere und geregeltere Struktur annehmen und oftmals Diskussionen zwischen den verschiedenen Parlamenten über ihren Umfang und ihre Modalitäten erfordern. Die Annahme einer Verordnung über die parlamentarische Kontrolle von Europol gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren ist ausdrücklich in Artikel 88 AEUV vorgesehen. Auf der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU in Stockholm im Jahr 2010 und der Konferenz in Brüssel im Jahr 2011 verständigten sich die Präsidenten auf die Notwendigkeit der Kontrolle von Europol durch ein interparlamentarisches Gremium, in dem Vertreter der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments regelmäßig zusammenträfen. Der EP-Ausschuss für bürgerliche Freiheiten (LIBE) wurde daraufhin beauftragt, regelmäßige Sitzungen mit den entsprechenden Ausschüssen der nationalen Parlamente zum Thema Europol zu organisieren. Infolgedessen organisiert LIBE seit 2010 jährliche ICM, die letzte am 14. November 2013 zu den Bestimmungen zur parlamentarischen Kontrolle der Tätigkeiten von Europol. Über diese Angelegenheit sowie über andere Bestimmungen des Vorschlags zu Europol wird derzeit zwischen dem Parlament und dem Rat verhandelt, nach der Festlegung des Standpunkts des Parlaments in erster Lesung am 25. Februar 2014. Vorbehaltlich einer Zustimmung des Rates ist anzumerken, dass dies das erste Gebiet ist, auf dem die interparlamentarische Zusammenarbeit durch EU-Recht geregelt wird. Die starke Beteiligung der EUSC auf diesen Gebieten ist auch ein Hinweis darauf, dass dieses Gremium auch weiterhin ein wichtiges Forum für Debatten über Themen wie demokratische Rechenschaftspflicht und Regierungsführung sowie ein Katalysator für zukünftige Veränderungen im Bereich der interparlamentarischen Beziehungen sein wird. Während der Sitzung der EUSC im

April 2014 in Vilnius wurde erneut die interparlamentarische Zusammenarbeit im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts angesprochen und der Wunsch der EUSC geäußert, bei der parlamentarischen Kontrolle von Europol und der Evaluierung der Tätigkeiten von Eurojust einbezogen zu werden.

Ein vierter Trend betrifft die Tatsache, dass einige Formen interparlamentarischer Zusammenarbeit an Bedeutung verlieren. Insbesondere ist sowohl die Zahl der gemeinsamen parlamentarischen Treffen (JPM) als auch die der gemeinsamen Ausschusssitzungen (JCM) stark gesunken, und seit 2012 wurde kein einziges JPM mehr organisiert (während diese zuvor zweimal jährlich stattfanden). Dieser Trend spiegelt zum einen gewisse organisatorische Schwierigkeiten wider, die die Begeisterung für deren Durchführung bremsen, und zum anderen die Tatsache, dass sie – und dies betrifft vor allem JPM – nur begrenzt von unmittelbarer Bedeutung für die laufende parlamentarische Tätigkeit sind und sich eher für allgemeinere Diskussionen eignen.<sup>11</sup>

Ein fünfter und damit zusammenhängender Trend besteht darin, dass einige der vorhandenen Foren für interparlamentarische Beziehungen Überlegungen bezüglich ihrer Zukunft anstellen müssen. Als wichtiges Beispiel ist an dieser Stelle das Gremium COSAC zu nennen. Im Herbst 2013 hielt die COSAC feierlich die 50. ihrer zweimal jährlich stattfindenden Tagungen ab. Zwar hat die COSAC ihrer Geschäftsordnung zufolge die Funktion eines „Gremiums für den Austausch von Informationen und bewährten Praktiken, insbesondere über die praktischen Aspekte der parlamentarischen Kontrolle, zwischen den Parlamenten der Europäischen Union“<sup>12</sup>, in den vergangenen fünf Jahren wurden die Diskussionen bei den COSAC-Tagungen jedoch von Mitgliedern der nationalen und europäischen Exekutiven dominiert. Diese stellten etwa 60 Prozent der Hauptreferenten. Aus den Parlamenten hingegen kamen weniger als 30 Prozent der Redner.<sup>13</sup> Auf allen neun COSAC-Tagungen, die in dem Zeitraum zwischen dem schwedischen (2009) und dem litauischen Vorsitz (2013) stattfanden, waren nur 16 Prozent der Debatten rein interparlamentarischer Natur, während in 63 Prozent der Debatten die ausgewählten Hauptreferenten ausnahmslos Mitglieder der (europäischen oder nationalen) Exekutiven waren und keine Parlamentarier beteiligt waren. Dies legt die Frage nahe, ob der vom Europäischen Parlament befürwortete Zweck des Austauschs von Informationen und bewährten Praktiken bei den jüngsten Sitzungen der COSAC noch im Mittelpunkt stand. Es hat jedoch den Anschein, dass viele nationale Parlamente den Dialog mit der Exekutive der Europäischen Union als einen wesentlichen Teil der Tätigkeiten von COSAC betrachten.

Die Beteiligung von MdEP aus Fachausschüssen an COSAC hat das Grundproblem nicht gelöst, das mit der grundlegenden Zusammensetzung von COSAC einhergeht, als eine Konferenz aus Mitgliedern parlamentarischer Ausschüsse für EU-Angelegenheiten mit einem generalistischen Ansatz, die bei ihren Beiträgen den Schwerpunkt stärker auf institutionelle Fragen als auf (einzelne, spezialisierte) Politikbereiche legen. In gleicher Weise war die Tendenz zu beobachten, dass die Diskussionen zwischen MdEP und nationalen

---

<sup>11</sup> Es sei daran erinnert, dass JPM in der Zeit nach der Ablehnung des Entwurfs der europäischen Verfassung als ein Mittel eingerichtet wurden, um die Debatte über die europäische Integration anzuregen.

<sup>12</sup> Geschäftsordnung der COSAC, Artikel 5.2.

<sup>13</sup> 21 Mitglieder der Kommission, darunter Präsident José Manuel Barroso (zweimal) und Vizepräsident Maroš Šefčovič (zehnmal), der Präsident des Europäischen Rates Herman Van Rompuy (einmal), der Hohe Vertreter für Bosnien-Herzegowina (einmal) und EU-Beamte (zwei) sowie sechs Premierminister, 18 nationale Minister und ein nationaler Beamter; zehn aktive MdEP und zwei ehemalige Präsidenten des EP sowie elf aktive Mitglieder nationaler Parlamente. Die übrigen Redner waren drei junge Bürger, fünf Vertreter von Universitäten, Instituten und Stiftungen sowie zwei Unternehmensvertreter (insgesamt 10 Redner; 12 Prozent).

Parlamentariern über bestimmte Politikbereiche außerhalb des Rahmens von COSAC geführt werden. Vor diese Hintergrund lässt sich der Trend feststellen, dass das Ziel der Schaffung eines Raums für interparlamentarische Debatten, zumindest über wichtige spezifische Bereiche gesetzgeberischer Maßnahmen, derzeit eher innerhalb einzelner Expertenforen als über COSAC verwirklicht wird.

Ein sechster Trend besteht im Gegensatz zu den beiden vorherigen Trends darin, dass einige andere Formate der Zusammenarbeit sowohl zahlenmäßig als auch an Bedeutung zunehmen. Vor allem die Zahl der interparlamentarischen Ausschusssitzungen (ICM) nimmt entsprechend den Empfehlungen des Lenkungsausschusses des Europäischen Parlaments für die Beziehungen mit nationalen Parlamenten stetig zu.<sup>14</sup> Insgesamt wurden seit 2009 rund 60 ICM zu zahlreichen Themen organisiert. Außerdem wird in den Ausschüssen nun ebenfalls entsprechend den Empfehlungen des Lenkungsausschusses sechs Monate im Voraus über die vorgesehenen ICM nachgedacht, wobei ihre Vorschläge zunächst der Konferenz der Ausschussvorsitze und schließlich der Konferenz der Präsidenten zur Validierung zugesandt werden.<sup>15</sup> Daraufhin wird ein Kalender mit allen interparlamentarischen Veranstaltungen veröffentlicht und an alle nationalen Parlamente verteilt. Das gesamte Verfahren der vorherigen Abwägung und Validierung geplanter ICM dient der besseren Koordination der interparlamentarischen Tätigkeiten und der Vermeidung von Überschneidungen. Zu diesem Zweck enthält der Kalender auch die interparlamentarischen Tätigkeiten des Parlaments der Präsidentschaft.<sup>16</sup> Allerdings ist anzumerken, dass es im Bereich ICM große Unterschiede zwischen den Ausschüssen des Europäischen Parlaments gibt. Während zum Beispiel manche Ausschüsse eine oder mehrere ICM im Jahr organisieren, haben andere in den letzten fünf Jahren keine einzige ICM organisiert. Außerdem geben Fragebögen und interne Umfragen zu diesen Sitzungen trotz der allgemeinen Vorliebe für ICM deutliche Hinweise darauf, dass eine kontinuierliche Reflektion über ihr Format, ihren Inhalt und ihre zeitliche Planung notwendig ist.

So dient zum Beispiel das bislang in Bezug auf ICM verfolgte Einheitskonzept möglicherweise nicht mehr bestmöglich den Interessen der einzelnen Ausschüsse. Eine bemerkenswerte Entwicklung in dieser Hinsicht war in den letzten Jahren die Organisation von Sitzungen nur für Vorsitzende. Bestimmte Ausschüsse wie der Ausschuss für Wirtschaft und Währung und der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten organisieren solche Treffen, um eine zielgerichtetere Diskussion zu ermöglichen. Tatsächlich hat es den Anschein, dass die Zukunft der ICM in einer Entwicklung hin zu diversifizierteren Formaten liegt, die den Erfordernissen und Zielen der einzelnen organisierenden Ausschüsse entsprechen.

Ein letzter Trend, der zu beobachten ist, betrifft die zunehmende Bedeutung von Technologie im Bereich der interparlamentarischen Beziehungen. So werden zum Beispiel interparlamentarische Sitzungen zunehmend per Videokonferenz abgehalten, was erhebliche Vorteile in Bezug auf Kosten und Reisezeit bietet. Außerdem wurde IPEX von Grund auf umgestaltet und steht nun in allen 24 Amtssprachen der EU als zuverlässige und zeitgemäße Plattform für den Austausch von Informationen zur Verfügung. Die Verknüpfung von Technologie mit traditionellen und neuen Mitteln interparlamentarischer Beziehungen wird

---

<sup>14</sup> Lenkungsgruppe für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten: „Empfehlungen für die Konferenz der Präsidenten“, Empfehlung 3.

<sup>15</sup> *Ibid.*, Empfehlung 1.

<sup>16</sup> Eine Übersicht über die parlamentarischen Tätigkeiten der Parlamente des Präsidiums ist abrufbar unter: [www.IPEX.eu](http://www.IPEX.eu).



unter anderem an Foren wie der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU und den Konferenzen zu GASP/GSVP und zu Artikel 13 VSKS deutlich, für die IPEX spezielle Websites mit allen einschlägigen Dokumenten bietet. IPEX ist außerdem hilfreich bei der Umsetzung des Protokolls Nr. 2 und dient als Hauptplattform für die auf den verschiedenen Stufen der parlamentarischen Kontrolle in jedem Parlament/jeder Kammer der EU zur Verfügung stehenden Informationen sowie für die einschlägigen Dokumente einschließlich begründeter Stellungnahmen und Beiträge. Auch für das EZPWD hat der Einsatz von Technologie zu erheblichen Verbesserungen geführt. Dank der finanziellen Investitionen des Europäischen Parlaments ist die Website des EZPWD zur zentralen Plattform für den Austausch und die Speicherung vergleichender Informationen über parlamentarische Praktiken geworden. Ein von allen Teilnehmern des Netzwerks ausnahmslos angenommener elektronischer Arbeitsablauf hilft bei der reibungslosen Organisation der Übermittlung von Anfragen und Antworten. Eine leistungsstarke Suchmaschine ermöglicht eine bessere Nutzung der Wissensdatenbank, um Zeit zu sparen, doppelte Arbeit zu vermeiden und letztendlich einen optimalen Zugang zu Informationen zu erhalten. Alle diese Beispiele zeigen das Potenzial von Technologie zur Erleichterung vieler Aspekte der interparlamentarischen Zusammenarbeit.

## **ANLAGEN ZUM JAHRESBERICHT 2013**

- I. Tagungen der COSAC – Themen und Hauptreferenten**
- II. Interparlamentarische Ausschusssitzungen und andere interparlamentarische Treffen**
- III. Bilaterale Besuche (einschließlich Videokonferenzen)**
- IV. Daten zum Frühwarnmechanismus**
- V. EZPWD: Liste der vom Europäischen Parlament vorgebrachten vergleichenden Anfragen und Liste der Seminare und statutarischen Sitzungen**

## ANLAGE 1 – Tagungen der COSAC – Themen und Hauptreferenten

VERANSTALTUNG	THEMEN	HAUPTREFERENTEN/PODIUMSREDNER
Sitzung der Vorsitzenden der COSAC 27. bis 28. Januar 2013, Dublin	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Prioritäten des irischen Vorsitzes des Rates der Europäischen Union</li> <li>• Die Zukunft Europas: auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Brendan HOWLIN, TD, Minister für öffentliche Ausgaben und Reformen</li> <li>• Maroš ŠEFČOVIČ, Vizepräsident der Europäischen Kommission und EU-Kommissar für Interinstitutionelle Beziehungen und Verwaltung</li> </ul>
XLIX. COSAC (Plenartagung), 23. bis 25. Juni 2013, Dublin	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bilanz ziehen und in die Zukunft schauen</li> <li>• Die Zukunft der europäischen Integration</li> <li>• Verwirklichung der Entwicklungsziele</li> <li>• Eine europäische Zukunft für junge Bürger</li> <li>• Erweiterung und Nachbarschaftspolitik – Aufrechterhaltung der Dynamik</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• An Taoiseach Enda KENNY TD, Ministerpräsident von Irland</li> <li>• Herman DE CROO, ehemaliger Präsident des belgischen Abgeordnetenhauses, und Brendan HALLIGAN, Vorsitzender, Institute of International and European Affairs</li> <li>• Podiumsdiskussion mit Dr. h. c. Mo IBRAHIM, Vorsitzender, Mo Ibrahim Foundation, <b>Michèle STRIFFLER, Stellvertretende Vorsitzende des Entwicklungsausschusses des Europäischen Parlaments,</b> und Barry ANDREWS, Vorstandsvorsitzender von GOAL</li> <li>• Ruairi QUINN TD, Minister für Bildung und berufliche Qualifizierung, und Beiträge von drei jungen EU-Bürgern: Nevin ÖZTOP (Türkei), Rachel CREEVY (Irland) und Marietta HERFORT (Ungarn)</li> <li>• Valentin INZKO, Hoher Vertreter für Bosnien-Herzegowina, und Erwan FOUÉREÉ, assoziierter leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter, Centre for European Policy Studies, Brüssel, Erster Gegenredner: <b>Miguel Ángel MARTÍNEZ, Vizepräsident des Europäischen Parlaments</b></li> </ul>
Sitzung der Vorsitzenden der COSAC 7. bis 8. Juli 2013 Vilnius	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Prioritäten des litauischen Vorsitzes des Rates der Europäischen Union</li> <li>• Auf dem Weg zu einer politischen und wirtschaftlichen Union: nächste Schritte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Linas LINKEVIČIUS, Außenminister der Republik Litauen</li> <li>• Maroš ŠEFČOVIČ, Vizepräsident der Europäischen Kommission und EU-Kommissar für</li> </ul>

<p>L. Tagung der COSAC (Plenartagung), 27. bis 29. Oktober 2013 Vilnius</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aktueller Stand des litauischen Vorsitzes des Rates der Europäischen Union</li> <li>• Die L. Jubiläumssitzung der COSAC – Beitrag der COSAC zur Stärkung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in der Europäischen Union</li> <li>• Europawahlen 2014: Diskussionsforum mit den Bürgern zur Zukunft der Europäischen Union</li>   <li>• Parlamentarische Diplomatie – das Europäische Parlament und die Ukraine – eine Fallstudie</li> <li>• Umsetzung der Strategie Europa 2020</li>   <li>• Demokratische Legitimität in der EU und die Rolle der Parlamente der EU</li>   <li>• Digitale Agenda: Herausforderungen und Perspektiven: Cybersicherheit – Vorteile für Unternehmen</li> </ul>	<p>Interinstitutionelle Beziehungen und Verwaltung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• H. E. Algirdas BUTKEVIČIUS, Premierminister der Republik Litauen</li> <li>• Laurent FABIUS, Außenminister der Französischen Republik</li>   <li>• <b>Pat COX</b>, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, und <b>Andrew DUFF</b>, Mitglied des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments, Berichterstatter für die Verbesserung der praktischen Vorkehrungen zur Abhaltung der Europawahlen 2014</li> <li>• <b>Pat COX</b>, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments</li> <li>• Maroš ŠEFČOVIČ, Vizepräsident der Europäischen Kommission und EU-Kommissar für Interinstitutionelle Beziehungen und Verwaltung, und <b>Pervenche BERÈS</b>, Vorsitzende des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments</li> <li>• Eva KJER HANSEN, Vorsitzende des Ausschusses für Europa-Angelegenheiten des dänischen Folketing, Dominic HANNIGAN, Vorsitzender des gemeinsamen Ausschusses für EU-Angelegenheiten der beiden Kammern der irischen Oireachtas, und <b>Hans-Gert PÖTTERING</b>, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, Mitglied des Europäischen Parlaments</li> <li>• Rudolf Peter ROY, Abteilungsleiter Sicherheitspolitik und Sanktionen des Europäischen Auswärtigen Dienstes, und Ilja LAURS, Generaldirektor GetJar, „European Manager of the Year 2011 Award“</li> </ul>
---	--	--

## ANLAGE II:

### Interparlamentarische Ausschusssitzungen des EP mit nationalen Parlamenten in Brüssel und sonstige interparlamentarische Treffen (\*) Statistische Angaben für 2013

(\*) alle Veranstaltungen sind ICM, sofern nichts Gegenteiliges erwähnt wird.

<u>Ausschuss</u>	<u>Veranstaltung</u>	<u>Datum</u>	<u>Nationale Parlamente</u>			<u>EP</u>
			<u>MP</u>	<u>Nationales Parlament</u>	<u>Kammer</u>	<u>MdEP</u>
<b>JURI</b>	<u>Workshop</u> zum Thema Zivilrecht und Gerichtsbarkeit: „Genießen die EU-Bürger wirklich Freizügigkeit?“	23. Januar	<b>8</b>	<b>7</b>	<b>7</b>	<b>8</b>
<b>ECON/BUDG/ EMPL</b>	Parlamentarische Woche im Rahmen des Europäischen Semesters	28. bis 30. Januar	<b>100</b>	<b>26</b>	<b>33</b>	<b>70</b>
<b>AFET/SEDE</b>	<u>Aussprache</u> mit den Ministern für auswärtige Angelegenheiten Carl Bildt und Radoslaw Sikorski: Auf dem Weg zu einer globalen europäischen Strategie	21. Februar	<b>15</b>	<b>12</b>	<b>13</b>	<b>35</b>
<b>FEMM</b>	Interparlamentarische Ausschusssitzung zum Thema „Die Antwort der Frauen auf die Krise“	7. März	<b>14</b> + 2 TR	<b>13</b> + TR	<b>16</b>	<b>20</b>
<b>ENVI</b>	Interparlamentarische Ausschusssitzung zum Thema „Einheitliche und wirksame Anwendung des EU-Umweltrechts – woran sie scheitert“	26. März	<b>27</b> + 1 HR	<b>16</b> + 1 HR	<b>20</b> + 1 HR	<b>27</b>
<b>DEVE</b>	Interparlamentarische Ausschusssitzung zum Thema „Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung: wie können das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente zusammenarbeiten?“	23. April	<b>28</b> + 1 HR + 2 NO	<b>1</b> +1NR	<b>18</b> +1HR +1NO	<b>8</b>
<b>AFET/SEDE</b>	<u>Aussprache</u> zum Thema „Die Zukunft der europäischen Verteidigung aus Sicht der NATO“ und Konferenz zum Thema „Den politischen Islam verstehen: Innenansichten“	6. bis 7. Mai	<b>7</b>	<b>7</b>	<b>6</b>	<b>39</b>
<b>CRIM</b>	Interparlamentarische Ausschusssitzung zum Thema „Bekämpfung von organisiertem Verbrechen, Korruption und Geldwäsche“	7. Mai	<b>19</b> + 4 HR + 2 NO	<b>12</b> + HR + NO	<b>12</b> + HR + NO	<b>12</b>
<b>JURI/FEMM</b>	<u>Aussprache</u> Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften	19. Juni	<b>12</b> + 1 HR	<b>9</b> + 1 HR	<b>10</b> + 1 HR	<b>8</b>

**Interparlamentarische Ausschusssitzungen des EP mit nationalen Parlamenten in Brüssel  
und sonstige interparlamentarische Treffen (\*)  
Statistische Angaben für 2013**

(\*) alle Veranstaltungen sind ICM, sofern nichts Gegenteiliges erwähnt wird.

<u>Ausschuss</u>	<u>Veranstaltung</u>	<u>Datum</u>	<u>Nationale Parlamente</u>			<u>EP</u>
			<u>MP</u>	<u>Nationales Parlament</u>	<u>Kammer</u>	<u>MdEP</u>
<b>LIBE/JURI</b>	Interparlamentarische Ausschusssitzung zum Thema "Verwirklichung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts: aktueller Stand der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen"	20. Juni	32 + 1 HR + 3 NO	19 + HR + NO	24 + HR + NO	28
<b>JURI</b>	<u>Workshop</u> zum Thema „Der Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht: der Weg in die Zukunft“	10. Juli	7	6	6	6
<b>ECON</b>	<u>Aussprache</u> zum Thema „Der Zyklus des Europäischen Semesters 2013“	17. Sept.	14	12	12	20
<b>AFET/DROI</b>	Interparlamentarische Ausschusssitzung zum Thema „Die Umsetzung des strategischen Rahmens und des Aktionsplans der EU für Menschenrechte und Demokratie“	25. Sept.	19	12	13	18
<b>AFET/SEDE</b>	<u>Den Vorsitzenden der für die EU relevanten nationalen Ausschüsse offenstehende Sitzung</u> zum Thema „Die Zukunft der europäischen Verteidigung“	5. Nov.	14	10	9	25
<b>CONT</b>	Interparlamentarische Ausschusssitzung zum Thema „Hin zu einer besseren Ausgabenpolitik – Modelle parlamentarischer Ausgabenkontrolle“	14. Nov.	18	13	13	8
<b>LIBE</b>	<u>Den Vorsitzenden der für die EU relevanten nationalen Ausschüsse offenstehende Sitzung</u> zum Thema "Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit und die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI und 2005/681/JI"	14. Nov.	7	6	6	43
<b>REGI</b>	Interparlamentarische Ausschusssitzung zum Thema "Hin zu produktiven Investitionen für Wachstum und Kohäsion durch verbesserte Synergien zwischen der lokalen, der nationalen und der EU-Ebene zur Verwirklichung der Ziele der Strategie Europa 2020"	27. Nov.	25	15	15	21
<b>ITRE</b>	<u>Gemeinsame Ausschusssitzung</u> zum Thema „Der EU-Energiebinnenmarkt für das 21. Jahrhundert“	17. Dez.	30 + 3 NO + 1 TR + 2 XK	16 +NO+TR+XK	18 +NO+TR +XK	60
<b><u>GESAMT</u></b>	<b><u>18 interparlamentarische Treffen</u></b>		<b><u>404 + 23</u></b>			

**Interparlamentarische Ausschusssitzungen des EP mit nationalen Parlamenten  
und sonstige interparlamentarische Treffen (\*) in Brüssel  
Statistische Angaben für 2014**

(\*) alle Veranstaltungen sind ICM, sofern nichts Gegenteiliges erwähnt wird.

<u>Ausschuss</u>	<u>Veranstaltung</u>	<u>Datum</u>	<u>Nationale Parlamente</u>			<u>EP</u>
			<u>MP</u>	<u>Nationales Parlament</u>	<u>Kammer</u>	<u>MdEP</u>
<b>ECON/BUDG/ EMPL</b>	<u>Europäische parlamentarische Woche</u> Interparlamentarische Konferenz zur wirtschaftspolitischen Steuerung der Europäischen Union (Artikel 13 VSKS) Die Zyklen des Europäischen Semesters 2013 und 2014	20. bis 22. Januar	136	28	41	58
	<u>Parlamentarisches Forum</u> Veranstaltet von Miguel Angel Martínez und Othmar Karas, Vizepräsidenten „EU Parliaments in global governance“ (Die Parlamente der EU im Kontext der „Global Governance“)	18. Februar	28	15	16	8
<b>FEMM</b>	Interparlamentarische Ausschusssitzung zum Thema „Gewalt gegen Frauen verhindern – eine Herausforderung für alle“	5. März	34	20	22	8
<b>LIBE</b>	<u>Gemeinsame Ausschusssitzung</u> zum Thema „Künftige Prioritäten im Bereich bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres“	19. März	37 +1 AL + 2 XK + 2 ME + 1 TR	24 + AL + XK + ME + TR	19 + AL + XK + ME + TR	60
<b><u>GESAMT</u></b>	<b><u>4 interparlamentarische Treffen</u></b>		<b><u>235 + 6</u></b>			

## ANLAGE III

GD PRÄSIDENTSCHAFT – Beziehungen zu den nationalen Parlamenten			
Referat Legislativer Dialog – Referat Institutionelle Zusammenarbeit			
Bilaterale Besuche – 2013			
Datum	<u>Land/ Kammer</u>	<u>Ausschuss / Sonstige</u>	<u>Art des Besuchs</u>
<b><u>JAN/FEB</u></b>			
22. Jan.	<b>UK – House of Lords (Oberhaus)</b>	Besuch des Unterausschusses C Auswärtige Angelegenheiten	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
23. Jan.	<b>UK – House of Lords</b>	Unterausschuss D Energie	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
28. Jan.	<b>UK – IE</b>	Ausschuss für Europa-Angelegenheiten der Britisch-Irischen Parlamentarischen Versammlung	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
30. Jan.	<b>UK – House of Lords</b>	Unterausschüsse E und F, Protokoll 36	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
31. Jan.	<b>UK – House of Commons (Unterhaus)</b>	Sonderausschuss öffentliche Verwaltung	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
<b><u>MÄRZ/APRIL</u></b>			
4. bis 5. März	<b>FI – Eduskunta</b>	Delegation des Hauptausschusses des finnischen Parlaments	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
4. bis 5. März	<b>LT– Seimas</b>	Ausschuss für Europa-Angelegenheiten und Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	BUDG, ECON, ITRE, AFET, IMCO
7. bis 8. März	<b>LT– Seimas</b>	Besuch vor der Präsidentschaft	AGRI, ENVI, REGI, EMPL
18. bis 19. März	<b>LT– Seimas</b>	Besuch vor der Präsidentschaft	ECON, BUDG
9. Apr.	<b>FR - Assemblée Nationale</b>	Mitglied des Ausschusses für EU-Angelegenheiten	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
22. Apr.	<b>IE – Oireachtas</b>	Delegation des gemeinsamen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Handel	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
<b><u>MAI/JUNI</u></b>			
13. Mai	<b>UK – House of Commons</b>	Ausschuss für die Prüfung von Rechtsakten der EU	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
14. bis 16. Mai	<b>EE – Riigikogu</b>	Beamtendelegation	Studienreise
27. Mai	<b>NL - Tweede Kamer</b>	Gesundheitsausschuss	Mitglieder des Ausschusses ENVI
30. Mai	<b>UK – House of Commons</b>	Beamtendelegation	Studienreise
25. Juni	<b>UK – House of Commons</b>	Sonderausschuss Verkehr	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
26. Juni	<b>Nordischer Rat</b>	Ausschuss für soziale Angelegenheiten	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
27. Juni	<b>UK – House of Commons</b>	Beamtendelegation	ENVI, ITRE
<b><u>JULI/AUG</u></b>			



<b>SEPT/OKT</b>			
24. Sept.	<b>PL – Senat</b>	Vorsitzende und Mitglieder von 14 Ausschüssen	ITRE und LIBE
24. bis 25. Sept.	<b>SE - Riksdag</b>	Beamtendelegation	Treffen mit Beamten aus Ausschüssen des EP
25. bis 26. Sept.	<b>LV – Saeima</b>	Präsident, Generaldirektor und andere	Vorbereitung für die lettische Präsidentschaft
26. Sept.	<b>NL – Tweede Kamer</b>	Studienreise	Arbeitsessen mit MdEP
2. Okt.	<b>UK – House of Lords</b>	EU-Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
2. Okt.	<b>RO – Abgeordneten-kammer</b>	Vorsitzende der Kammer	Treffen mit MdEP Hannes Swoboda
14. Okt.	<b>NL – Tweede Kamer</b>	<b>Ausschussassistenten</b>	Treffen mit MdEP Marietje Schaake und Beamten
14. Okt.	<b>Nordischer Rat</b>	Delegation	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
15. Okt.	<b>IT – Senato della Repubblica</b>	Senatorendelegation	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
17. Okt.	<b>FR – Assemblée Nationale</b>	Mitglied des Ausschusses für EU-Angelegenheiten	Arbeitsbesuch von Mitgliedern zum Thema Chemikalien mit endokriner Wirkung
17. Okt.	<b>UK – House of Commons</b>	Ausschuss für Umwelt, Ernährung und den ländlichen Raum	Studienreise von Beamten
17. Okt.	<b>UK – House of Lords</b>	Unterausschüsse A, B und E	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
30. Okt.	<b>FR – Sénat</b>		LIBE, FEMM
<b>NOV/DEZ</b>			
4. Nov.	<b>UK – House of Lords</b>	EU Auswärtige Angelegenheiten Unterausschuss	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
4. bis 5. Nov.	<b>DK – Folketing</b>	Beamtendelegation	Studienreise
4. bis 5. Nov.	<b>SE – Riksdag</b>	Abteilung EU-Koordination	Arbeitsbesuch von Beamten
7. Nov.	<b>UK – House of Commons</b>	Ausschuss für walisische Angelegenheiten	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
12. Nov.	<b>UK – House of Lords</b>	Unterausschuss für Binnenmarkt, Infrastruktur und Beschäftigung	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
13. Nov.	<b>UK – House of Commons und UK – House of Lords</b>	Kontrollgruppe und Bibliothek & Ausschuss des Oberhauses für wirtschaftliche Angelegenheiten	Studienreise von Beamten
25. Nov.	<b>EE – Riigikogu</b>	Ausschuss für EU-Angelegenheiten	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
27. Nov.	<b>Nordischer Rat</b>	Präsidium des Nordischen Rats	Arbeitsbesuch von Mitgliedern
26. Nov.	<b>NL – Tweede Kamer</b>	Personalmanager	Geführte Tour im EP
2. Dez.	<b>AT – Parlament</b>	Abteilung für EU-Angelegenheiten	Studienreise von Beamten
3. Dez.	<b>DK – Folketing</b>	Beamtendelegation	Ausschusssitzungen
4. Dez.	<b>ES – Cortes</b>	Ausschuss für EU-Angelegenheiten, Auswärtige Angelegenheiten und Wirtschaft	Arbeitsbesuch von Mitgliedern

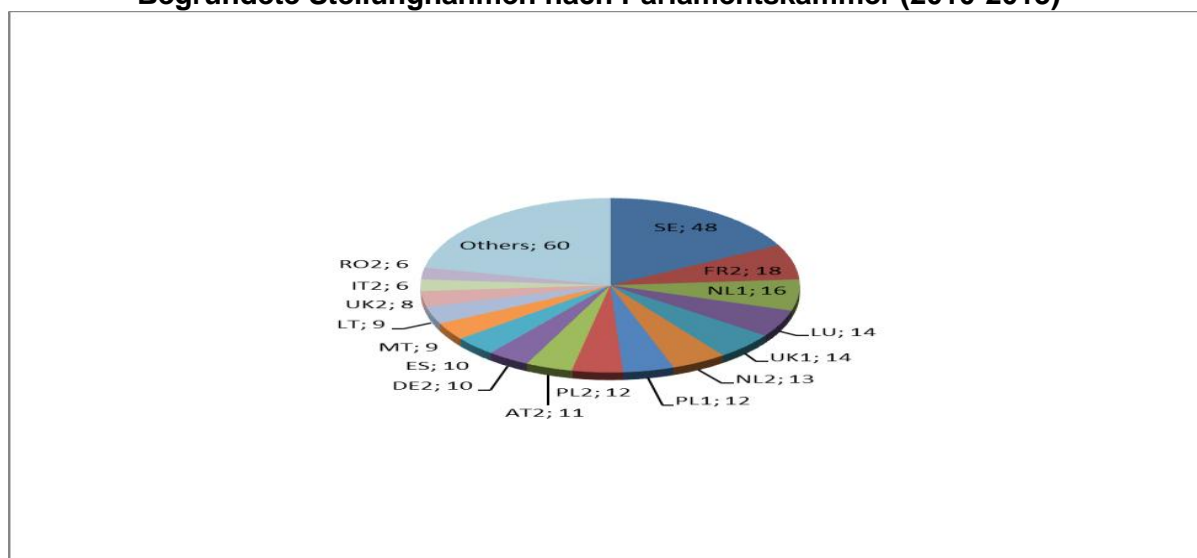
**LISTE DER IN ANLAGE IV VERWENDETEN ABKÜRZUNGEN VON  
NATIONALEN PARLAMENTEN/KAMMERN**

<b>AT1</b>	Österreich	Nationalrat	<b>IT1</b>	Italien	Camera dei Deputati
<b>AT2</b>	Österreich	Bundesrat	<b>IT2</b>	Italien	Senato della Repubblica
<b>BE1</b>	Belgien	Chambre des Représentants	<b>LV</b>	Lettland	Saeima
<b>BE2</b>	Belgien	Sénat	<b>LT</b>	Litauen	Seimas
<b>BG</b>	Bulgarien	Narodno sabranie	<b>LU</b>	Luxemburg	Chambre des Députés
<b>CY</b>	Zypern	Vouli ton Antiprosopon	<b>MT</b>	Malta	Kamra tad-Deputati
<b>CZ1</b>	Tschechische Republik	Poslanecká sněmovna	<b>NL1</b>	Niederlande	Tweede Kamer
<b>CZ2</b>	Tschechische Republik	Senát	<b>NL2</b>	Niederlande	Eerste Kamer
<b>HR</b>	Kroatien	Hrvatski Sabor	<b>PL1</b>	Polen	Sejm
<b>DK</b>	Dänemark	Folketinget	<b>PL2</b>	Polen	Senat
<b>EE</b>	Estland	Riigikogu	<b>PT</b>	Portugal	Assembleia da República
<b>FI</b>	Finnland	Eduskunta	<b>RO1</b>	Rumänien	Camera Deputaților
<b>FR1</b>	Frankreich	Assemblée nationale	<b>RO2</b>	Rumänien	Senatul
<b>FR2</b>	Frankreich	Sénat	<b>SK</b>	Slowakische Republik	Národná rada
<b>DE1</b>	Deutschland	Bundestag	<b>SI1</b>	Slowenien	Državni zbor
<b>DE2</b>	Deutschland	Bundesrat	<b>SI2</b>	Slowenien	Državni svet
<b>EL</b>	Griechenland	Vouli ton Ellinon	<b>ES</b>	Spanien	Congreso de los Diputados
<b>HU</b>	Ungarn	Országgyűlés	<b>ES</b>	Spanien	Senado
<b>IE1</b>	Irland	Dáil Éireann	<b>SE</b>	Schweden	Riksdagen
<b>IE2</b>	Irland	Seanad Éireann	<b>UK1</b>	Vereinigtes Königreich	House of Commons
			<b>UK2</b>	Vereinigtes Königreich	House of Lords

**ANLAGE IV**

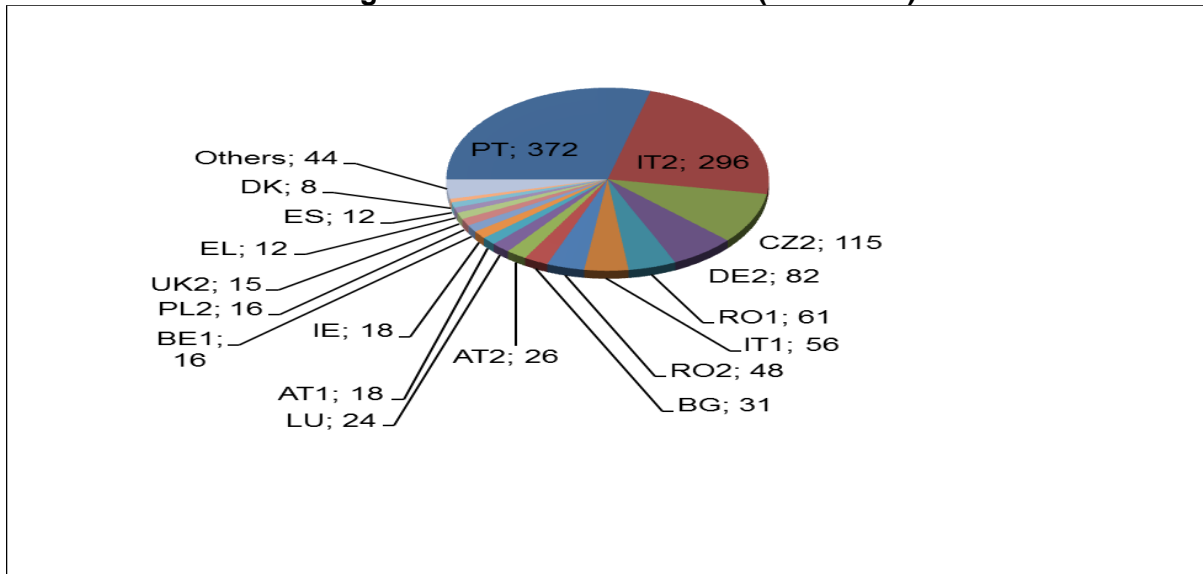
**Daten zum Frühwarnmechanismus**

**Begründete Stellungnahmen nach Parlamentskammer (2010-2013)<sup>17</sup>**



<sup>17</sup> Parlamente/Kammern mit fünf oder weniger begründeten Stellungnahmen (BS) werden unter „Others“ (Sonstige) zusammengefasst: 5 BS: CY, IT1; 4 BS: DK, RO1; 3 BS: BE1, CZ1, CZ2, DE1, EL, FI, PT, SK; 2 BS: AT1, BE2, BG, IE\*, IE1, LV; 1 BS: EE, FR1, HU, IE2, NL\*, SI1; 0 BS: HR, SI2 (\*= von beiden Kammern gemeinsam).

### Beiträge nach Parlamentskammer (2010-2013)<sup>18</sup>



<sup>18</sup> Parlamente/Kammern mit fünf oder weniger Beiträgen werden unter „Others“ (Sonstige) zusammengefasst: 5 Beiträgen: PL1; 4 Beiträgen: CY; CZ1, EE, LT, UK1; 3 Beiträgen: FR2, NL2; 2 Beiträgen: FI, FR1, MT, NL1; 1 Beitrag: BE2; DE1, HU, LV, SE; 0 Beiträgen: HR, SI1, SI2, SK.

## ANLAGE V

### EZPWD

#### **A. Anliegen, zu denen politische Gremien und Verwaltungsdienststellen des Europäischen Parlaments im Jahr 2013 mittels vergleichender Anfragen das EZPWD-Netz konsultiert haben:**

- Büromöbel und IKT-Ausrüstung für Mitglieder
- Außenbeziehungen der Parlamente
- Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip in Artikel 8 des Protokolls Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon – Bestimmungen zu nationalen Parlamenten
- Gesetzliche Verpflichtungen in Bezug auf die Kündigung der Arbeitsverträge von Assistenten
- Namen von Parlamentarierinnen in der EU
- Regeln zum Amtsantritt als Mitglied eines nationalen Parlaments
- Vergleich von Prüfungsurteilen von Obersten Rechnungskontrollbehörden im Rahmen der parlamentarischen Kontrolle der Ausführung der nationalen Haushaltspläne (jetzt mit den Dokumenten)

#### **B. Seminare und statutarische Sitzungen des EZPWD im Jahr 2013**

Veranstaltung	Ort	Datum
<b>Seminare im Jahr 2013</b>		
„Austausch von Erfahrungen und Lösungen für ein IKT-gestütztes Parlament“	Baku	28. bis 29. November
„Moderne Technologien zur Unterstützung der parlamentarischen Tätigkeiten – Traditionen und Herausforderungen“	Sankt Petersburg	19. bis 21. September
„Neue haushaltspolitische Rahmen“	Wien	20. bis 21. Juni
Verfahren und Praktiken für die Debatte und Annahme langfristiger nationaler Strategien in Parlamenten	Tallinn	30. bis 31. Mai
„Parlamentsbibliotheken und -archive und ihre Rolle bei der Bewahrung und Erhaltung des historischen und kulturellen Erbes ihrer Länder“	Paris	31. Mai bis 1. Juni
Seminar „Parlamente im Internet XI – Verwirklichung des digitalen Parlaments“	London	2. bis 3. Mai
„Parlamentarische Wissenschaft und die Pluralität der den Parlamentariern zur Verfügung stehenden Informationsquellen“	Prag	3. bis 5. April
<b>Statutarische Sitzungen im Jahr 2013</b>		
Jahreskonferenz der Korrespondenten	Warschau	17. bis 19. Oktober
Sitzung des Exekutivausschusses	Wien	12. bis 13. September
Sitzung des Exekutivausschusses	Stockholm	21. bis 22. März

**Herausgeber:**  
**Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten**  
**Generaldirektion Präsidentschaft**  
**Europäisches Parlament**  
**<http://www.europarl.europa.eu/webnp/>**



ΕΒΡΟΠΕΪΣΚΙ ΠΑΡΛΑΜΕΝΤ ΠΑΡΛΑΜΕΝΤΟ ΕΥΡΩΠΕΟ  
EVROPSKÝ PARLAMENT EUROPA-PARLAMENTET  
EUROPÄISCHES PARLAMENT  
EUROOPA PARLAMENT ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ  
EUROPEAN PARLIAMENT  
PARLEMENT EUROPÉEN PARLAIMINT NA HEORPA  
EUROPSKI PARLAMENT PARLAMENTO EUROPEO  
EIROPAS PARLAMENTS EUROPOS PARLAMENTAS  
EURÓPAI PARLAMENT  
IL-PARLAMENT EWROPEW EUROPEES PARLEMENT  
PARLAMENT EUROPEJSKI  
PARLAMENTO EUROPEU PARLAMENTUL EUROPEAN  
EURÓPSKY PARLAMENT  
EVROPSKI PARLAMENT EUROOPAN PARLAMENTTI  
EUROPAPARLAMENTET